STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19000606

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 128. 14. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3334) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Waberskỳ in Hamburg.

Mittwoch, den 6. Juni 1900.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Parteigenossen!

Nachdem beschlossen worden, unser Organ, das „Hamburger Echo“, zu verbilligen, ist es die Pflicht der Genossen, für dessen weitere Verbreitung zu sorgen und eine intensive Agitation zu entfalten. Die nöthigen Maßnahmen sind unsererseits getroffen worden und wir dürfen wohl erwarten, daß jeder Parteigenosse am Donnerstag, 7. Juni, präzise 8 Uhr Abends, zur Flugblattverbreitung sich einfinden und die ihm zugewiesene Aufgabe mit Eifer erfüllen wird. Jeder Einzelne hat seine Kraft in den Dienst der allgemeinen Sache zu stellen; nur dann wird auf einen vollen Erfolg gerechnet werden können. Wir erwarten, daß kein Genosse die Mühe scheut, bei der Propaganda für unser Arbeiterblatt mitzuwirken.

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine von Hamburg, Altona, Ottensen und Wandsbek.

Hierzu eine Beilage.

Zur zweiten Berathung der Flottenvorlage.

II.

Eine der in der Kommission erörterten Vorfragen, betreffend Kosten und Anschaffung der Mittel, ging dahin:

Welche Steigerung der sonstigen Reichsausgaben ist mit Wahrscheinlichkeit bis zum Jahre 1920 zu erwarten, insbesondere durch Mehrkosten für das Heer, den Pensionsfonds, die Versicherungsgesetze, die Kolonien, Neubewaffnung, Festungsbauten, Ueberseekabel, Anlagen in Kiautschou, maritime Stützpunkte, Kohlenstationen, Afrikabahnen und Vermehrung der Kolonialtruppen?

Die Regierung gab Zusammenstellungen, in denen sie behauptet, „daß die Steigerung der Einnahmen, abgesehen von den Getreidezöllen, welche naturgemäß größeren Schwankungen unterliegen, eine stetige und sehr bedeutende sei“. Die Ist-Einnahmen haben sich vom Rechnungsjahr 1895/96 bis Ende 1899 gesteigert: ohne Getreidezölle von 704,9 auf 856,6 Millionen Mark, mit Getreidezöllen von 807,5 auf 960,7 Millionen Mark.

Steigerungen der Reichsausgaben wurden in der Kommission von allen Ressorts in Anspruch genommen. Das Auswärtige Amt erklärte, der Umfang der Steigerung für die Schutzgebiete lasse sich „in keiner Weise vorausberechnen“. Auch das Kriegsministerium war nicht in der Lage, für sein Ressort eine solche Berechnung zu geben; jedoch wiesen seine Vertreter darauf hin, daß die durch das Gesetz vom 25. März 1899 bewilligten Mannschaften voraussichtlich durch die in den Jahren 1901 und 1902 aufzustellenden Formationen aufgebraucht werden und im Jahre 1903 demnach die Anforderung der 7006 Köpfe, deren Bewilligung der Reichstag durch Resolution vom 16. März 1899 in Aussicht gestellt hat, würde beginnen müssen. Das Reichsschatzamt rechnet mit der Nothwendigkeit einer Steigerung der Verzinsung der Reichsschuld um rund M. 8 760 000, wobei ein künftiger Anleihebedarf von M. 202 520 000 vorgesehen ist. Die Post- und Telegraphenverwaltung erwartet für ihr Ressort außergewöhnliche erhebliche Ausgaben in den nächsten zwanzig Jahren nicht, sondern nur eine aus der regelmäßigen Zunahme des Verkehrs und der Erweiterung der Post- und Telegrapheneinrichtungen sich ergebende Steigerung der Ausgaben, der jedoch eine entsprechende Mehreinnahme gegenüberstehen werde.

Das Reichsamt des Innern hat eine Berechnung der voraussichtlichen Steigerung der Ausgaben in seinem Bereich bis zum Jahre 1920 gegenüber dem Etat für 1900 gegeben. Diese Steigerung soll von M. 4 440 500 im Jahre 1901 auf M. 39 160 400 bis zum Jahre 1920 anwachsen. Die Summe der Steigerung in diesen zwanzig Jahren soll M. 469 765 600 betragen, wovon M. 376 765 600 auf die Mehrausgaben für die Arbeiterversicherung entfallen. Vergleichen wir mit diesen Darlegungen die Berechnung der Flottenkosten, welche die Budgetkommission in ihrem Berichte giebt.

Als vor einiger Zeit von oppositioneller Seite diese Kosten für die nächsten siebzehn Jahre auf ungefähr **5 Milliarden** berechnet wurden, zeterten die Flottenpropagandisten: das sei eine „Fälschung“ zwecks „Irreführung der öffentlichen Meinung“. Die Budgetkommission aber gelangt in ihrer Berechnung (S. 73 bis 85 des Berichts) an dieselbe Summe heran. Für die Zeit von 1901 bis 1917 sind angesetzt:

Einmalge Ausgaben (Schiffsbau, Armirung und Werft- und Hafenbauten) M. 1 759 200 000. Davon entfallen auf Schiffsbauquoten nach Maßgabe der Kommissionsbeschlüsse für neue Schiffe allein M. 1 152 000 000. An fortdauernden Ausgaben sind M. 2 070 870 000 vorgesehen, so daß der Gesammtbetrag des ordentlichen Marineetats sich auf M. 3 830 070 000 belaufen würde. Es komme aber noch hinzu der Marinepensionsetat mit M. 116 450 000 und die Verzinsung der Anleihe für Marinezwecke mit M. 406 590 000. Danach werden die Gesammtkosten für die Flotte bis zum Jahre 1917 sich belaufen auf M. **4 353 110 000.** Stellt man, was die Budgetkommission nicht gethan hat, noch die im Laufe der Jahre eintretende Vertheuerung der Baukosten (Steigerung der Materialpreise, der Arbeitslöhne 2c.) in Rechnung, so erhält man nach mäßiger Annahme eine Zuschlagssumme von nahezu M. 352 000 000, so daß eine Gesammtlast von nahezu M. **4 705 000 000** erreicht wird.

Das wären nahezu die 5 Milliarden, welche die Flottenpropagandisten nicht haben gelten lassen wollen. Dabei ist zu berücksichtigen die Eventualität oder Wahrscheinlichkeit, daß das Reichsmarineamt nach einigen Jahren abermals die „Nothwendigkeit einer weiteren Flottenvermehrung“ entdeckt und mit neuen Forderungen an den Reichstag herantritt.

Die sehr willkürliche günstige Schilderung der Reichseinnahmen und ihrer Steigerung, welche die Regierung in der Budgetkommission gegeben hat, muß beurtheilt werden im Zusammenhang mit den von der Kommission gemachten Deckungsvorschlägen. Gegenüber der Regierung, welche „prinzipiell“ festhalten wollte an dem absurden Gedanken, daß neue Steuern „nicht nothwendig“ seien, stellte sich die reaktionäre Mehrheit der Kommission auf den Standpunkt, wenn man auch diesem Gedanken zustimmen könne, die Gelegenheit, neue Steuern zu schaffen, bezw. bestehende zu erhöhen, doch zu günstig sei, als daß man sie nicht benutzen sollte. So gelangte diese Mehrheit denn zunächst zu dem Vorschlage, daß der in Folge des Flottengesetzes sich ergebende Mehrbedarf an Reichseinnahmen aufgebracht werden solle:

1) durch Erhöhung der Reichs-Stempelabgaben auf Werthpapiere, Kaufgeschäfte und Lotterieloose, sowie durch Einführung einer Reichs-Stempelabgabe auf Kuxe und Schiffsfrachturkunden,
2) durch Erhöhung der Zollsätze auf Schaumwein und Branntwein,
3) durch Einführung einer Verbrauchsabgabe auf inländischen Schaumwein und Saccharin.

In zweiter Lesung gelangte die Kommission dazu, an Stelle dieses Vorschlages den § 6 des Gesetzentwurfes in der in unserem vorigen Artikel mitgetheilten Fassung anzunehmen. Es ist darin von neuen Steuern und Zollerhöhungen nicht mehr die Rede, aber nicht etwa deshalb, weil man von solchen grundsätzlich absehen will, sondern weil, wie der Antragsteller ausführte (S. 46 des Berichts), „es nicht erforderlich sei, alle geplanten Steuern und Zollerhöhungen ausdrücklich aufzuführen, da solche ja durch besondere Gesetze gleichzeitig geregelt würden“. Demgegenüber ist die Schlußbemerkung des vorgeschlagenen § 6, wonach der Fehlbetrag „nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden darf“, völlig bedeutungslos. Diese Bemerkung, dem bestehenden Flottengesetz entnommen, war auch der in erster Kommissionsberathung beschlossenen Fassung des § 6 zugefügt. Sie hat lediglich den Zweck, die Volksmassen zu beschwichtigen, während es jedem in die Verhältnisse eingeweihten Politiker klar ist, daß die Deckung doch auf eine erhebliche Mehrbelastung der arbeitenden Klasse nach dem bisher geübten System hinausläuft. Es ist zu beachten, daß in der Schlußbemerkung des § 6 nur von Reichs**abgaben** die Rede ist. Die Wahl dieses Wortes „Abgaben“ ist keine zufällige, sondern eine wohl überlegte. Es ist diesbezüglich in der Kommission (Seite 47 des Berichts) offen erklärt worden:

„Unter sonstigen Einnahmen des Reiches sei die allenfallsige Ertragssteigerung aus dem Post-, Eisenbahn- und Bankwesen, sowie aus der Zuckersteuer verstanden, auf keinen Fall wolle man darunter eine Erhöhung der Zölle auf Getreide, Petroleum und Kaffee begreifen, deshalb habe man auch den Ausdruck Reichsabgaben anstatt Reichssteuern in § 6 gewählt.“

Das ist deutlich. Getreide, Petroleum und Kaffee sollen, obwohl sie Gegenstände des Massenverbrauchs sind, einer stärkeren Belastung unterworfen werden können. Und füglich können Bier und Branntwein, wie alle anderen Gegenstände des Massenkonsums, ebenso behandelt werden, denn es handelt sich dabei nicht um „Abgaben“, sondern um Steuern im konkretesten, aber auch schlimmsten Sinne des Wortes.

Die hier in Rede stehende Fassung des § 6 ist der Versuch einer gröblichen frivolen Täuschung des Volkes, der dieser Tage im Reichstage sicher seine gebührende Kritik erfahren wird.

Schließlich ist zu erwähnen, daß die Agrarier und ihre Bundesgenossenschaft in der Kommission bemüht gewesen sind, weitgehende Berücksichtigung ihrer Sonderinteressen zu erlangen. Einer ihrer Vertreter führte aus:

„Die Arbeitsgelegenheit werde durch die Novelle im Werthe von etwa 48 Millionen für das Jahr gesteigert, berechne man den darin enthaltenen Lohnantheil, so ergebe sich, daß 24—30 000 Arbeiter mehr von der Industrie beansprucht würden. Diese Arbeiter würden mit Sicherheit der Landwirthschaft entzogen, denn es beständen keine Arbeiterreserven. Die Kalamität für das Land werde um so größer sein, als die Landwirthschaft keine höheren Löhne zahlen könne, sondern immer weiter zurückgehe, die Regierungen müßten sich der Landwirthschaftebensoannehmen wie der Industrie“.

Im Auftrage des Reichskanzlers gab sodann der Vertreter der verbündeten Regierungen folgende Erklärung ab:

„Die verbündeten Regierungen sind zur nachdrücklichen Wahrung der Interessen der deutschen Landwirthschaft hinsichtlich des Schutzes ihrer Erzeugnisse bei der Ausgestaltung des in Vorbereitung befindlichen Zolltarifs, sowie beim Abschlusse neuer Handelsverträge entschlossen. Ueber die einzelnen Maßnahmen, die zu diesem Zwecke zu ergreifen sind, insbesondere über die Höhe der für die landwirthschaftlichen Erzeugnisse einzustellenden Zollsätze, wird naturgemäß erst nach Beendigung der Vorarbeiten für die Aufstellung des Tarifs eine Entschließung getroffen werden können.“

Jeder Eingeweihte weiß, daß sich damit die Regierung bereit erklärt hat, der Forderung der Agrarier, betreffend die Erhöhung der Getreidezölle 2c., Rechnung zu tragen. Das ist der Preis für die Zustimmung der Agrarier zum Flottengesetz! Auf diese Weise soll, wie in der Kommission gesagt wurde, „die Landwirthschaft sicher gestellt werden gegen die ihr aus der Flottenvermehrung drohenden Nachtheile“. Im Zusammenhang damit stehen zwei Resolutionen, welche die Kommission dem Reichstage zur Annahme vorschlägt:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirthschaft und zum Zweck deren Versorgung mit den nöthigen Arbeitskräften die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Zuzug fremdländischer Arbeiter geöffnet werden.“

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstages einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.“

Oeffnung der Reichsgrenzen für die billigere ausländische Arbeitskraft — Schließung der Reichsgrenzen für das billigere ausländische Vieh und Fleisch; möglichste Erschwerung und Fernhaltung der Einfuhr ausländischen Getreides — — um diesen Preis und noch etwas mehr, das im Hintergrunde steht — Beschränkung der Freizügigkeit, Knebelung der Arbeiterklasse 2c. — muß es den Agrariern leicht sein, „echt patriotisch“ der Flottenvermehrung zuzustimmen, während das entgegenkommende Verhalten des Zentrums seine Begründung in dessen spekulativer Politik als „regierende Partei“ findet.

Wenige Tage noch, und das deutsche Volk wird um eine herrliche Bescheerung reicher sein!

Von der Weltbühne.

Gegen das Fleischbeschaugesetz sollen nach einer von der „Post“ offiziös bestätigten Mittheilung des „Berl. Lokalanz.“ sowohl seitens der amerikanischen wie der englischen Botschaft in Berlin an zuständiger deutscher Stelle Vorstellungen erhoben worden sein. Seitens der englischen Regierung werde die Erschwerung der australischen Fleischeinfuhr nach Deutschland beklagt. Es sei ausgeschlossen, daß in Folge dieser Vorstellungen das Fleischbeschaugesetz im Bundesrath noch scheitern könnte, jedoch wäre es wohl möglich, daß beim Erlaß der Ausführungsbestimmungen auf gewisse, dem deutschen Interesse nicht entgegenstehende Wünsche des Auslandes Rücksicht genommen würde.

Diese an sich selbstverständliche Rücksichtnahme auf ausländische Wünsche, die keine deutsche Interessen gefährden, treibt der agrarischen „Deutschen Tagesztg.“ sofort die Galle in's Blut und sie poltert los:

„Uns überrascht diese Mittheilung nicht. Jedenfalls wird sie aber den Staatssekretär Grafen Posadowsky sehr überrascht haben, der im Reichstage mehrmals mit besonderem Nachdrucke hervorhob, daß das Fleischbeschaugesetz ein deutsches Reichsgesetz sei, in das das Ausland nicht hineinzureden habe. Die Vorstellungen der amerikanischen und der englischen Botschaft haben den Herrn Staatssekretär nun eines Anderen belehrt. Die genannten diplomatischen Vertretungen halten sich für berechtigt, in die autonome hygieinische Gesetzgebung des Reiches einzugreifen. Daß dieses Vorgehen der Botschaften erfolgreich sein werde, glauben wir dem Gewährsmanne des hiesigen Lokalblattes sehr gern. Die verbündeten Regierungen werden freilich „stark“ genug bleiben, daß sie das Fleischbeschaugesetz trotz der Mißbilligung Amerikas und Englands annehmen; sie werden aber dafür sorgen, daß die dem Bundesrathe in dem Gesetze zugestandenen Vollmachten, wo es irgend geht, im Interesse Englands und Amerikas gehandhabt werden. Wir werden also erleben, daß die Vorschriften über die Fleischeinfuhr, insbesondere über die Einfuhr von Pökelfleisch, soweit sie nicht gesetzlich festgelegt sind, so mild gehandhabt werden, daß die beiden fremden Regierungen damit zufrieden sind. Es ist schwer, keine Satire zu schreiben.“

Das Agrarierorgan vergißt in seinem Eifer ganz, daß sich die Vorstellungen offenbar gar nicht gegen die sanitären Vorschriften, sondern gegen die wirthschaftspolitischen Wirkungen der agrarischen Sperrmaßregeln gegen die Fleischeinfuhr richten. Wenn hier der Bundesrath im Entgegenkommen gegen das Ausland so weit geht, als das Gesetz irgend zuläßt, um Repressalien des Auslandes, zu denen es anderenfalls im eigenen wirthschaftlichen Interesse greifen würde, hintanzuhalten, so ist das der einzig richtige und vernünftige Standpunkt. Das in ein Handhaben des Gesetzes im Interesse Englands und Amerikas zu verdrehen, ist ein der agrarischen Unersättlichkeit würdiges Demagogenstückchen.

Bei den Debatten über die lex Heinze hat Herr Stöcker mehrfach seine Fähigkeit als Kapuziner dargethan und bewiesen, daß er an Kraftausdrücken nicht ärmer ist als der von Schiller in Wallensteins Lager verewigte Bruder in Christo. Aber die Debatten im Reichstage haben nicht ausgereicht, Stöckers Bedürfniß völlig zu befriedigen. Jetzt greift er zur Feder und beweist in der „Deutschen evangelischen Kirchenzeitung“, daß sein Vorrath an Kraftausdrücken noch nicht erschöpft ist. Dort läßt er sich wie folgt vernehmen:

„Wir haben es oft ausgesprochen, daß die schlechte öffentliche Meinung der wundeste Punkt unseres Volkslebens ist. Aber daß der deutsche Geist so verdorben wäre, wie er diesmal in der Presse und Volksversammlungen zum Ausdruck gekommen ist, haben auch wir kaum gedacht. Unwissenheit und absichtliche Verdunkelung des Thatbestandes, unbewußtes Unchristenthum und bewußte Feindschaft gegen die sittlichen Grundsätze christlicher Lebensanschauung hatten einen Bund geschlossen. Edle Geister machten mit literarischen Schmutzfinken, christliche Künstler mit sozialdemokratischen und atheistischen Juden Waffenbrüderschaft, um für die Kunst die Schamlosigkeit zu retten. Dabei ging die Uebertreibung der eingebildeten Gefahren so sehr über alles Maß hinaus und nahm einen bald tragikomischen, bald dämonischen Karakter an, daß man sich unwillkürlich fragen mußte, ob denn diese Gesellschaft bei gesunden Sinnen sei. Daß bei der ganzen Bewegung Haß gegen das Christenthum im Spiele war, wußten die Veranstalter derselben von vornherein; aber die Mitläufer ahnten das nicht oder übersahen es bei ihrer Gleichgültigkeit gegen das christliche Moment im öffentlichen Leben. Erst in der letzten Versammlung des famosen Goethebundes nach dem gewonnenen Sieg trat es klar heraus; der eine Redner sprach offen gegen die christlich-sittliche Auffassung, ein anderer schloß seine Ansprache unter dem rasenden Beifall der Versammelten mit den Worten: Wider die Pfaffen! Zum Uebermaß des Widerlichen sei noch bemerkt, daß ein Konsistorialrath unserer Landeskirche (Konsistorialrath Reicke in Berlin), eine Zeit lang Vizepräsident des Goethebundes, in dieser Versammlung zugegen war und kein Wort sagte. Es geht doch nichts über unsere staatskirchlichen Zustände!!“

An dem Schimpfen merkt man, daß der einst so einflußreiche Demagoge sich gewaltig ärgert. Wir hätten ihn aber für klüger gehalten und nicht erwartet, daß er seinen Aerger so offen zur Schau trägt. Kein Mensch ist ganz frei von Schadenfreude und nun giebt Stöcker dieser Untugend seiner Feinde so reiche Nahrung.

Ueber das Stempelsteuergesetz ist der Bericht der Budgetkommission des Reichstags am Sonnabend Abend zur Vertheilung gelangt. Der Bericht umfaßt 100 Quartseiten. Die in der Kommission zugesagte Abschätzung des Ergebnisses der Erhöhung der Stempelsteuern ist seitens des Reichsschatzamts nicht mitgetheilt worden. In dem Kommissionsbericht wird die finanzielle Wirkung der Erhöhung der Stempelsteuern auf 46 Millionen Mark berechnet, wovon 22 Millionen Mark auf die Börsensteuer, 22 Millionen Mark auf die Erhöhung des Lotteriestempels entfallen. Ob die Schifffahrsabgabe wie nach den Beschlüssen erster Lesung noch 2 Millionen Mark einbringen werde, lasse sich nicht übersehen. Auch sonst wird hervorgehoben, daß die Abschätzungen der Mehrerträge auf sehr unsicheren Grundlagen beruhen.

Die Erfinder neuer Flottensteuern sind immer noch auf der Suche nach brauchbaren Steuerobjekten. Den Vogel abgeschossen hat in dieser Hinsicht ein Herr Adam Streib, der in einer Petition an den Reichstag den grandiosen Vorschlag macht, zur Aufbringung der Kosten für die Flottenverstärkung die Fremdwörter zu besteuern. Leider erfahren wir noch nicht, wie sich der Urheber dieses ingeniösen Gedankens die Ausführung seines Vorschlages denkt, ob er nur das geschriebene oder gedruckte, oder auch das gesprochene Fremdwort besteuern will. Im letzteren Falle müßte jedem Staatsbürger ständig ein Steuerkontrolör zur Seite stehen, der ihn auch Nachts nicht verläßt, um auch ein im Traum ihm entschlüpfendes steuerfähiges Fremdwort nicht unbesteuert hingehen zu lassen. Oder man verpflichtet jeden Staatsbürger, Tag und Nacht einen Phonographen auf der Brust zu tragen, von dessen Walzen dann die Steuerbeamten die mit der Sprechsteuer belegten Wörter ablesen und für den Fiskus einträglich machen. Die Idee der Fremdwörtersteuer, die allen Sprachreinigern das Herz im Leibe lachen machen wird, ist so genial, daß wir es den Lesern überlassen müssen, sich selbst das hübsche Projekt in den Einzelheiten nach ihrem Geschmack auszumalen.

Die Waarenhaussteuer, die in Baiern schon besteht und in Preußen demnächst Gesetz werden soll, wird von ihren mittelstandsreiterischen Freunden bekanntlich als ein Mittel angesehen, die Waarenhäuser konkurrenzunfähig zu machen, damit die kleinen Handeltreibenden durch hohe Preise existenzfähig werden, trotz der ruinösen Konkurrenz, die sie sich selbst machen in Folge ihrer weit über das Bedürfniß und die der Volksvermehrung entsprechende Vermehrung hinausgewachsenen Zahl. Wie im Auslande, besonders in Frankreich, so ist aber auch in Baiern schon der Beweis erbracht, daß die Waarenhaussteuer diesen Zweck nicht erreicht. Der Jahresbericht der Pfälzischen Handels- und Gewerbekammer in Ludwigshafen sagt darüber:

„Nach Artikel 23 des baierischen Gewerbesteuergesetzes vom 9. Juni 1899 werden die Waarenhäuser mit einer nach dem Geschäftsumfange steigenden Normalanlage belegt, welche unter Hinzurechnung der Betriebsanlage nicht unter einem halben Prozent und nicht über 3 pZt. des Geschäftsumsatzes betragen soll. Als Geschäftsumsatz gilt die Gesammtbruttoeinnahme des Hauptgeschäftes und der etwaigen Filialen. Man hat mit dieser Steuer bekanntlich die Waarenhäuser so treffen wollen, daß deren Fortbestand nicht mehr gut möglich sei. Aus dem Umstande aber, daß fortwährend neue Waarenhäuser entstehen, darf man den Schluß ziehen, daß die Besitzer derselben sich mit der neuen Steuer bereits abgefunden und sich so eingerichtet haben, daß sie weiter bestehen können. Die Steuer hat ihren Zweck nicht erreicht, vielmehr ist durch dieselbe das Monopol des Großkapitals auch in Rücksicht auf die Waarenhäuser etablirt. Es kann als feststehend angesehen werden, daß künftighin Waarenhäuser mit Erfolg nur in gewissen Gesellschaftsformen, z. B. als Aktiengesellschaften, oder nur dann errichtet werden können, wenn der Unternehmer ein größeres Betriebskapital besitzt. Trifft das Eine oder Andere zu, dann ist die Konkurrenz gegen das kleine und mittlere Gewerbe um so erfolgreicher. Für die kleinen und mittleren Gewerbe wird die in Baiern eingeschlagene und in andere Staaten in derselben oder in einer modifizirten Form übergehende staatliche oder gemeindliche Sonderbesteuerung der Waarenhäuser nicht den gehofften Erfolg haben.“

Es trifft also genau das ein, was wir und andere vernünftige Leute vorausgesagt haben. Die Steuer verschärft nur die Konkurrenz und verdrängt die Kleinen noch mehr aus dem Handel. Als Restergebniß dieser Steuerkünste bleiben nur die Scheerereien und für die Masse der Konsumenten, aus denen die Steuer doch schließlich wieder herausgeschlagen wird, auch hier und da Preissteigerungen.

Die deutsche Kolonialgesellschaft hat, wie schon erwähnt, vor einigen Tagen in Koblenz ihre Hauptversammlung abgehalten, die einige interessante Episoden bot. Zunächst wurde das „Studium“ eines Antrages beschlossen, wonach die kolonialen und maritimen Bestrebungen in den Lehrplänen der Schulen berücksichtigt werden sollen. Zeigte sich hierin Einmüthigkeit, so folgte schnell genug eine Szene, die deutlich zeigt, welche Elemente in der Kolonialgesellschaft vertreten sind. In einem ausführlichen Bericht über die Verhandlungen heißt es:

Dr. Passarge wandte sich in schärfster Weise gegen die Art und Weise, wie das Kolonialamt unter Herrn v. Buchka große deutsche Gebietstheile sozusagen verschleudert habe. Man könne wohl sagen, daß Deutsch-Südwestafrika zu zwei Dritteln an die Debeers-Company (Cecil Rhodes und Konsorten) verschenkt sei. Die Ausrede, daß man ja politisch Herr über das Land bleibe, daß man das Verkaufsrecht besitze, und daß überhaupt das verschleuderte Land keinen besonderen Werth habe, zeige, wie unsicher man sich im Kolonialamt fühle. Man wisse doch ganz genau, welche großen politischen Pläne Cecil Rhodes mit Südafrika verfolge, und man müsse ihm nach dieser Richtung hin leider einen größeren Patriotismus nachrühmen, als ihn deutsche Großkapitalisten von der Art des Herrn v. Hansemann u. A. an den Tag legten. Eine überaus traurige Rolle spielten bei den Minenkonzessionen die angeblich deutschen Mitglieder der betreffenden Gesellschaften, die in Wahrheit ganz im Solde Englands ständen. Redner greift schließlich den als Vertreter der Abtheilung Hamburg im Saale anwesenden Rechtsanwalt Dr. Scharlach-Hamburg, der einer der Direktoren der in London residirenden South-West-African-Company ist, in sehr heftiger Weise an und ruft ihm schließlich zu: „Sehen Sie mich mal an, Herr Dr. Scharlach, wenn Sie den Muth haben!“ Dr. Scharlach (in höchster Erregung): „Das werde ich nicht thun: Das ist ja eine Frechheit, eine Unverschämtheit!“ (Allgemeine Ohrorufe und große Bewegung.) Herzog Johann Albrecht: Ich ersuche dringend, alle Zwischenrufe und beleidigenden Bemerkungen zu unterlassen. Dr. Passarge erklärt, er habe nichts mehr hinzuzufügen. — Später erhielt Dr. Scharlach das Wort. Er berief sich darauf, daß er bei den Kolonialdirektoren Kayser

v. Richthofen und v. Buchka immer als koloniale Autorität gegolten habe, und betonte besonders, daß man die Kolonialpolitik mehr vom geschäftlichen als vom politischen Gesichtspunkte aus behandeln müsse; übrigens säßen im Vorstande der South-West-African-Company sieben Deutsche, darunter Frhr. v. Nordenflycht, v. Brand, Woermann, Wichmann und er, so daß die Gesellschaft deutschen Bestrebungen huldige, wenn auch ihr Kapital englisch sei. — Staatsminister v. Hofmann: Er müsse Namens der ganzen Gesellschaft gegen den Vorwurf protestiren, als ob irgend ein Mitglied weniger Patriotismus und weniger Muth besitze als Dr. Scharlach. (Lebhafter Beifall.) Trotz der langen Rede des Herrn Dr. Scharlach bleibe doch im Allgemeinen die Ansicht bestehen, daß durch die Konzessionen an die South-West-African-Company eine erhebliche Beunruhigung in den interessirten kolonialen Kreisen hervorgerufen sei und trotz der Erklärungen Scharlachs bestehen bleiben werde. (Beifall.) Bei aller Hochachtung vor dem Kolonialamt und seinen Leistungen müsse man doch sagen, daß diese Konzessionen Muster von solchen seien, wie keine Regierung sie je ertheilen sollte. (Stürmischer Beifall.) Wenn die South-West-African-Company einen angeblich ganz harmlosen Vertrag mit der Debeers-Company über die Ausbeutung der Minen abgeschlossen habe, so soll sie ihn doch einfach veröffentlichen. (Sehr richtig.) Dr. Scharlach-Hamburg: Dem stehe Herr Woermann entgegen, weil er nicht wolle, daß die Gesellschaft in eine Vertheidigungsstellung gerathen solle. — Der Ausschuß hatte folgenden Antrag eingebracht: Die Hauptversammlung wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, nur solche Gesellschaften auf Grund von Land- oder sonstigen Konzessionen zur wirthschaftlichen Erschließung unserer Kolonien zuzulassen, in deren Verwaltung der deutsche Einfluß ausschlaggebend gesichert ist und auch dauernd gesichert bleibt. Bei Ertheilung von Konzessionen für die bergbaulichen Betriebe, insbesondere auf Edelmetalle und Edelsteine, soweit solche Konzessionen nach der kaiserlichen Verordnung vom 15. August 1899 überhaupt noch zulässig sind, wolle die Regierung außerdem Vorsorge treffen, daß mit dem Bergbaubetriebe binnen einer bestimmten Frist begonnen und die Gewinnung abbauwürdiger Lagerstätten bei Verlust der Genehmigung mit ausreichendem Kapital nach technisch bewährten Grundsätzen gesichert werde." Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Warf diese Debatte auf den „Patriotismus" gewisser Kolonialschwärmer ein helles Licht, so kam gleich in der darauf folgenden Sitzung die (wirkliche oder angenommene) Naivetät eines Theils der Gesellschaft zum Vorschein. Die Abtheilung Metz (auch bei den „wiedergewonnenen Brüdern" giebt es Kolonialschwärmer) hatte beantragt: „Die Deutsche Kolonialgesellschaft beschließt, in einer Denkschrift dem Herrn Reichskanzler von den erheblichen Uebelständen Kenntniß zu geben, welche aus der Ausfuhr von Eingeborenen aus den deutschen Kolonien zum Zwecke der Schaustellung sowohl für die Betreffenden, wie auch für die Stammesangehörigen in physischer und moralischer Hinsicht sich ergeben. Gleichzeitig soll der Herr Reichskanzler ersucht werden, nach Anhörung des Kolonialrathes Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, diesen Uebelständen vorzubeugen."

Der Referent Regierungsrath Dr. Offermann (Straßburg) verwies auf die skandalösen Vorgänge, welche sich in den letzten Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten, wo Eingeborene aus den Kolonieen in Deutschland zur Schau gestellt wurden, abgespielt haben. Die zurückkehrenden Leute, die meist nur mit „ungebildeten Europäern" (Heiterkeit. Sehr richtig!) zusammengekommen sind, bringen die schlimmsten Laster und Unsittlichkeiten mit heim und verführen ihre Landsleute zu denselben Sittenlosigkeiten, wodurch allerlei bedenkliche Zustände in den Kolonieen entstehen. — Gubernörstellvertreter v. Lindequist bemerkte als Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß dieses bereits Anlaß genommen habe, der Frage eines Verbotes der Ausfuhr von Eingeborenen näherzutreten. Man werde davon absehen, gesetzgeberische Maßregeln zu ergreifen, sondern sich auf Verwaltungsmaßregeln beschränken. — Auch der Vorsitzende, Herzog Johann Albrecht und Pater Acker bezeichneten diese Eingeborenen schaustellungen als einen groben Unfug und empfehlen die Annahme des Antrages Metz, der dann einstimmig angenommen wurde.

Das ist wirklich sehr gut! In Deutschland werden die Schwarzen zur Sittenlosigkeit verführt. Aber in Afrika selbst geht es hochsittlich zu. Gewiß hat der biedere Leist mit den „Pfandweibern" Bibelstunde gehalten, Peters hat seine angebliche Konkubine zur Tugend erziehen wollen und nur hängen lassen, weil sie unverbesserlich war, und der Prinz von Arenberg ließ sich nur darum eingeborene Mädchen zutreiben, um sich mit ihnen über die Nothwendigkeit der lex Heinze für die „ungebildeten Europäer" zu unterhalten.

Die preußische Schulmisère wird wieder drastisch beleuchtet durch die von der Berliner „Volksztg." gebrachte Mittheilung, daß es in Preußen auch einen Lehrer ohne Gehalt giebt. Der betreffende Herr ist der zweite Lehrer an der Schule des niederschlesischen Dorfes Groß-Krauschen, das unmittelbar an die Kreisstadt Bunzlau angrenzt. Wegen der Gehaltsfrage sind zwischen der Gemeinde und dem Patron, Prinzen Reuß, Differenzen entstanden, deren Haupteffekt zunächst in der Nichtbezahlung des Lehrergehalts gipfelt. Der Ortsschulinspektor, Pastor Müller, hat sich außer Stande erklärt, etwas in der Sache auszurichten, und so muß der betreffende Lehrer eben nach dem Vorbild türkischer und spanischer Kollegen anderweitig sein Leben zu fristen trachten. Der junge Lehrer, der natürlich seinen Kredit in umfassendster Weise ausnützen muß, ist der Sohn eines kleinen, mit bescheidenstem Gehalt pensionirten Postbeamten, der nun, anstatt auf die Unterstützung durch seinen Sohn hoffen zu dürfen, seine wenigen Mittel mit ihm theilen muß.

Und da sagt man noch, daß Preußen nicht an der Spitze der Kultur marschirt!

Die Wahlen der belgischen Provinzialräthe zum Senat, die am Pfingstsonntag vollzogen wurden, ergaben nach einem Brüsseler Telegramm keine Aenderung im Verhältniß der Parteien. Die Katholiken erhielten in 6 Provinzen von 9 die Mehrheit. Gewählt wurden 15 katholische, 11 liberale und sozialdemokratische Senatoren. Der Senat besteht aus 58 Katholiken und 44 Liberalen und Sozialisten.

Der Kampf um die Amnestievorlage im französischen Senat hat am Sonnabend mit einem großen Erfolge für das Ministerium geendet. Nach den schon in der Depesche in unserer Sonntagsnummer genannten Rednern nahm der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau das Wort und erklärte zur Vertheidigung der Vorlage, bei dem ersten Prozesse gegen Dreyfus seien der Vertheidigung nicht alle Schriftstücke mitgetheilt worden. Die Regierung habe alle Spuren einer traurigen Vergangenheit auswischen wollen, man müsse über gewisse Vorgänge den Schleier decken, um nicht verpflichtet zu sein, sie zu bestrafen. Der Minister weist auf die politischen Seiten hin, die der Gesetzentwurf habe, und ersucht die Senatoren dringend, ihm durch Annahme der Vorlage ihr Vertrauen kundzugeben und alle Abänderungsvorschläge abzulehnen. Die Regierung könne keine Verantwortung für den status quo übernehmen. Wenn nach Annahme der Vorlage die Agitation fortdauere, so werde man wissen, von welcher Seite man die Zwietracht unter der Bevölkerung wieder erneuern wolle. (Beifall.) Redner forderte den Senat auf, nicht in den Händen der Feinde der Republik die entschieden tödliche Waffe zu lassen, die sie besitzen. Die Zeit sei da, damit ein Ende zu machen. Man dürfe die Aktionsfreiheit nicht denen überlassen, die durch verbrecherische Lügen dahin gekommen seien, eine Atmosphäre zu schaffen, so unrein und verwirrt, daß die Republikaner sich selbst darin nicht mehr wiedererkennen würden. (Lebhafter Beifall.) Zahlreiche Rufe: „Anschlagen!"

Marière bekämpfte die Vorlage, Milliard wünscht, daß die Amnestie auch auf die vom Staatsgerichtshof Verurtheilten ausgedehnt werde. Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen und der Senat beschloß mit 171 gegen 41 Stimmen, die Rede Waldeck-Rousseaus öffentlich anschlagen zu lassen. (Beifall.)

Franck Chauveau beantragte die Verweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission, um die Amnestie auf die vom Staatsgerichtshof Verurtheilten auszudehnen. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau bekämpfte den Antrag, der schließlich mit 175 gegen 101 Stimmen abgelehnt wird. Lecomte zog sein Amendement, die Amnestie auf Dreyfus auszudehnen, zurück. Der Antrag, die Amnestie auf die vom Staatsgerichtshof Verurtheilten auszudehnen, wurde darauf mit 165 gegen 102 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage mit 238 gegen 34 Stimmen angenommen.

Nach den Meldungen Pariser Blätter wird die Regierung am Freitag der Deputirtenkammer die Amnestievorlage unterbreiten und die Ernennung einer Kommission, die die Vorlage vor Schluß der Session prüfen soll, beantragen.

Die italienischen Parlamentswahlen sind am Sonntag vollzogen worden; indessen liegen sichere Nachrichten über den Gesammtausfall noch nicht vor. Ein Wolff'sches Telegramm aus Rom vom 4. Juni besagt: Bis 3 Uhr Nachmittags sind 475 Wahlresultate bekannt. Gewählt sind: 363 Konstitutionelle, darunter 284 Ministerielle, 27 Radikale, 59 Republikaner und Sozialisten. In 26 Wahlkreisen ist eine Stichwahl erforderlich.

In Rom sind die Ministeriellen Baccelli, Torlonia und Santini sowie die Republikaner Barzilai und Mazza wiedergewählt. In Palermo erfolgte die Wiederwahl Crispis.

Andere Nachrichten ergeben noch Folgendes: In Mailand haben die Ministeriellen die bisher noch innegehabten drei Sitze verloren; zu den Geschlagenen gehört auch der frühere Kammerpräsident Colombo. Sämmtliche sechs Mailänder Kreise wählten die Kandidaten der äußersten Linken, nämlich drei Sozialisten, die Genossen Luigi Maino, Filippo Turati und Ettore Ciccotti, sowie drei Republikaner, worunter De Andreis. In Massa wurde der von der Linken aufgestellte Protestkandidat Fusani gewählt, der sich wegen seiner Betheiligung an der Revolte von 1894 noch im Kerker befindet.

Die Führer der verschiedenen bürgerlichen Fraktionen sind wiedergewählt, Zanardelli sogar in zwei Kreisen. Wiedergewählt sind, soweit sich das übersehen läßt, auch die Minister.

Wie es scheint, wird die äußerste Linke verstärkt in das neue Parlament einziehen. „Popolo Romano" sagt, die bisherige Mehrheit gehe aus dem Wahlkampf stärker und gekräftigter hervor. Die äußerste Linke gewinne 15 bis 20 Sitze, die die konstitutionelle Opposition eingebüßt habe. „Avanti" sagt, die äußerste Linke gewinne 17 Sitze.

Die Kolonialgreuel in Madagaskar, welche, wie wir vor Kurzem mittheilten, durch einen Kenner der dortigen Verhältnisse enthüllt wurden, haben Veranlassung gegeben, daß sich in Frankreich ein Komite zum Schutz der Eingeborenen bildete, daß eine Reihe hervorragender Männer zu seinen Mitgliedern zählt. Dieses Komite hat an den französischen Kolonialminister eine Eingabe gerichtet, welche sich der Bewohner von Madagaskar mit Wärme annimmt. Das Komite bittet den Minister, die Steuern herabzusetzen und den Frohndienst zu mildern, der mit Sklaverei völlig gleichbedeutend sei. Die Eingabe hebt im Anschluß an eine Petition vieler Einwohner von Tananarivo hervor, daß die Sterblichkeitsziffer der Bevölkerung erschreckend anschwelle. Am schlimmsten mache sich diese Erscheinung bei dem Straßenbau fühlbar. In Kurzem werde die Bevölkerung so zusammengeschmolzen sein, daß der Arbeitermangel die Kolonisten an jeder gedeihlichen Thätigkeit verhindern werde. Das Komite ist der Ansicht, daß die Bevölkerungsfrage wichtiger sei, als die Kommunikationsfrage; die Eingabe hebt aber außerdem noch hervor, daß die jungen Kolonialbeamten sich fortdauernd Willkürakte zu Schulden kommen lassen, die juristisch ungeheuerlich, moralisch verdammenswerth und ökonomisch verderblich seien. Monatelang wurden Eingeborene, ohne verhört zu werden, in Haft gehalten, so daß, abgesehen von rechtlichen und sittlichen Erwägungen, eine nicht geringe materielle Schädigung die Folge sei. Die Eingabe bildet eine neue Bereicherung des Kapitels von den Segnungen der Zivilisation, welche die Völker Europas dem dunklen Erdtheil mit Feuer und Schwert aufnöthigen.

Ueber die Bewegung der „Boxer" in China wird Folgendes mitgetheilt: Genau vor einem Jahre, im Mai 1899, gründete ein gewisser Tschuhungten in den Kreisen Enhsien und Pingqünhsien eine „kugel- und stichfeste" Sekte. Der Name derselben wechselte häufig. Erst nannte sie sich Hungtongtschan: Rother Lampenschirm; dann Tschingtschungtschan: Schleier der goldenen Glocke; dann Tiepuschan: Eisenhemd; später Tataoihui: Sekte des großen Wassers. Als sie sich immer mehr verbreitete, hieß sie Linlinschüen: Weidenwaldfaust; endlich Ihotschüen: Faust des Patriotismus und Friedens — und von dieser Bezeichnung stammt auch die allgemein gebräuchliche der Faustkämpfer oder Boxer. Ihr Programm ist: „Die Faust des Patriotismus und Friedens will die (alte) Mandschu-Dynastie hochbringen und die Fremden ausrotten." Anfangs nur hundert Mann stark, später tausend, heute Zehntausende zählend, griffen die Boxer zuerst die eingeborenen Katholiken und Protestanten, dann auch die Ausländer an.

Eine Abtheilung russischer Kosaken hatte bereits einen Kampf mit den Boxern. Das Reuter'sche Büreau meldet darüber aus Tientsin, 4. Juni: Eine Abtheilung Kosaken, welche zum Aufsuchen von Flüchtlingen abgegangen war, hatte ein scharfes Gefecht mit den Boxers und brachte denselben schwere Verluste bei. Von den Russen wurden ein Offizier und drei Mann verwundet. — Es sind beunruhigende Berichte, betreffend die Lage der amerikanischen und englischen Missionare, aus Paotingfu eingelaufen.

Nach derselben Quelle berichten die nach Tientsin zurückgekehrten Kosaken, sie hätten 16 Boxer getödtet und viele verwundet. Des Weiteren meldet das genannte Büreau aus Tientsin, daß der britische Missionar Robinson, Mitglied der Nordchina-Mission, nebst fünf eingeborenen Christen getödtet worden und daß Norman, derselben Mission angehörig, in Wuchiayung, zwei Meilen von Yenching, in Gefangenschaft gerathen sei und sich in großer Gefahr befinde.

In Peking ist am Sonnabend auch ein deutsches Detachement in Stärke von 1 Offizier und 50 Mann des Seebataillons eingetroffen.

Der Krieg in Südafrika.

Pretoria ist von den Engländern besetzt. So lautet eine amtliche Meldung, der schon Zeitungsnachrichten gleichen Inhalts vorangegangen waren.

Präsident Krüger soll sich in Machadodorp, einer schon im Distrikt Lydenburg befindlichen Station der Pretoria-Delagoabahn, aufhalten und in einer Depesche erklärt haben, der Kampf werde bis zum Tode fortgesetzt werden. Der Distrikt Lydenburg ist eine wilde Berggegend mit ungesundem Klima, zur Vertheidigung gegen ein Invasionsheer sehr gut geeignet. Daß dort das Boerenhoer sich zum letzten verzweifelten Widerstand stellen würde, ist schon vor einiger Zeit erklärt worden. Es fragt sich jedoch, ob die Depression, welche die schnell aufeinander folgenden Kapitulationen von Johannesburg und Pretoria nothwendig bei den Boeren machen müßten, überwunden werden wird.

Vor Pretoria scheint doch noch ein Gefecht stattgefunden zu haben. Ein von den Boeren ausgehendes Telegramm besagt: Ein schweres Gefecht fand bei Irene, 8 Meilen südlich von Pretoria, am 31. Mai statt. Die Boeren behaupteten ihre Stellungen bis Sonnenuntergang. — 15 Züge mit Vorräthen wurden täglich von Machadodorp nach Lydenburg abgesandt.

Indessen muß der Widerstand bald aufgegeben worden sein. Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria vom 5. d. M., 11 Uhr 40 Minuten Vormittags, lautet: Wir sind im Besitze Pretorias. Der offizielle Einzug erfolgt heute Nachmittag 2 Uhr.

Ueber die Verhältnisse in Johannesburg meldet Roberts unterm 1. Juni: General Wavells Brigade bleibt in Johannesburg zur Aufrechthaltung der Ordnung. Die übrigen Truppen haben auf dem Wege nach Pretoria Lager bezogen. Die Besetzung von Johannesburg ging ruhig vor sich Dank den vortrefflichen Vorkehrungen des Kommandanten Krause. Ich ritt mit demselben nach den Regierungsgebäuden, wo er mir die obersten Beamten vorstellte, die sämmtlich einwilligten, während der zu treffenden Anordnungen auf ihren Posten zu bleiben. Die Stadt Johannesburg ist recht leer; auf dem Hauptplatze der Stadt hatte sich aber eine Volksmenge versammelt, als die britische Flagge gehißt wurde und die Truppen in ausgezeichneter Haltung defilirten. — Tags darauf sandte Roberts folgende Depesche aus Orange-Grove: Die Stadt Johannesburg ist ruhig; die Bewohner liefern Waffen und Pferde aus. Im Fort sind nur eine Haubitze und zwei 65 mm-Geschütze zurückgeblieben. Am 30. Mai haben die Queensland-Truppen ein Geschütz und 11 Wagen mit Vorräthen und Schießbedarf erbeutet. Bei den Kämpfen rund um Johannesburg wurden der Kommandant Botha von Zoutpansberg, sein Feldkornet und etwa hundert andere Boeren gefangen genommen, unter denen sich auch einige Ausländer und Angehörige des irischen Freikorps befanden. Am 29. Mai wurde eine Abtheilung Yeomanry auf dem Wege zwischen Kroonstad und Lindley angegriffen und erlitt einige Verluste.

Die letzten Kämpfe sind wohl nicht so unbedeutend gewesen, wie nach dieser Depesche erscheinen möchte. Reuter's Büreau sagt: Mit dem Gefecht am 29. Mai in der Nähe von Senekal bezweckte General Rundle, den Feind von Lindley zu vertreiben, wo 500 Mann Yeomanry abgeschnitten worden waren. Dieser Zweck wurde erreicht und die Yeomanry gerettet. Den ganzen Tag wurde heiß gekämpft, die Boeren befanden sich in vollkommener Deckung auf einem hohen Kopje. Die Garden hatten 37 Todte und 115 Verwundete; die Verluste der Boeren sind bedeutend. Kommandant Villiers wurde schwer verwundet. General Clements traf in Senekal und General Brabant in Ficksburg ein. Der Feind hat alle Ueberbleibsel des Freistaatheeres zusammengezogen.

Das „Reuter'sche Büreau" meldet aus Newcastle vom 1. Juni, es sei kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Boeren den Laingsnek aufgeben werden. — Nur wenige Freistaat-Boeren bewachen noch die Drakensberg-Pässe.

Aus Taungs (Britisch-Betschuanaland) berichtet Reuter's Büreau: Die Lage im hiesigen Bezirk ist ruhig. Die Eingeborenen sind mit der Getreideernte beschäftigt. Zwischen Taungs und Kuruman haben sich einzelne kleine Gruppen Aufständischer noch nicht ergeben.

Partei-Nachrichten.

Die „Bergische Arbeiterstimme" in Solingen beging am 1. Juni das Jubiläum ihres zehnjährigen Bestehens. Unser Parteiblatt theilt am Schlusse eines Festartikels mit, daß sein Abonnentenstand heute so hoch ist wie nie zuvor. Dank dem festen Zusammengehen der Parteigenossen konnte beschlossen werden, zum zehnjährigen Jubiläum die „Bergische Arbeiterstimme" täglich erscheinen zu lassen, ein Beschluß, der in Folge technischer Schwierigkeiten erst am 1. Juli d. J. zur Ausführung gelangen kann.

Tages-Bericht.

Dienstag, 5. Juni 1900.

Hamburg.

Ueber Maßregelungen bei der Straßenbahngesellschaft schreibt man uns: „Für Eingeweihte ist es seit Langem kein Geheimniß mehr, daß die Leiter der hiesigen Straßenbahnen ein Hinübergreifen der jetzt in verschiedenen Städten zu beobachtenden Straßenbahnerbewegung nach Hamburg befürchten. Wer nun etwa geglaubt hat, daß man sich dadurch maßgebenden Ortes veranlaßt sehen werde, die elenden Arbeitsbedingungen der hiesigen Straßenbahnangestellten etwas besser zu gestalten, der wird von diesem Glauben sicherlich durch das neueste Heldenstückchen geheilt sein, welches sich die hiesige Straßeneisenbahngesellschaft geleistet hat.

Fünf Angestellte dieser Gesellschaft, drei Schaffner und zwei Führer, erhielten am 3. Juni unmittelbar vor Antritt des Dienstes ganz unvermuthet ihre Entlassung, indem ihnen vom Bahnhofsverwalter ein bei Allen gleichlautendes Schriftstück folgenden Wortlautes übergeben wurde.

„Mittheilung der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.

Hamburg, den 3. Juni 1900.

Im Auftrage des Vorstandes theile ich Ihnen hierdurch mit, daß Sie hiermit aus dem Dienst entlassen sind.

Sie haben nach den Vorschriften Ihrer Instruktion die in Ihren Händen befindlichen Dienstutensilien 2c. an die Material-Verwaltung in Falkenried abzugeben und erhalten Lohn bis zum 10. Juni inkl."

(gez.) Fr. Sengespeck, Oberinspektor."

Was haben die entlassenen Leute verbrochen? Was war es, das die Direktion der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft veranlaßte, die fünf Angestellten so Knall und Fall unter Bezahlung des für die Kündigungsfrist entfallenden Lohnes den Dienst einstellen zu lassen? Der Bahnhofsverwalter, der von einigen der Entlassenen über die Entlassungsgründe befragt wurde, konnte oder wollte keine Auskunft geben und zuckte nur mit den Achseln. Nun, vielleicht giebt über die Gründe der Entlassung ein Vorgang Aufschluß, der sich kurz vor der Letzteren ereignete. In der Nacht vom 1. zum 2. Juni hatte sich eine Zahl von Angestellten der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Nagels Lokal, Zollstraße, Wandsbek, zu einer gemüthlichen Geburtstagsfeier zusammengefunden. Man saß zunächst in der Gaststube, um auf einige Kollegen, die zu kommen versprochen, zu warten. Plötzlich kam ein Polizeikommissar herein, der den Wirth befragte, ob bei ihm nicht grade eine Versammlung stattfinde. Als der Wirth dies verneinte, entfernte sich der Polizeikommissar wieder. Gleich darauf aber erschien ein Polizeiwachtmeister in Begleitung mehrerer anderen Polizeibeamten, und forderte die Anwesenden unter Hinweis auf die Polizeistunde — es war bereits nach 1 Uhr — auf, binnen 10 Minuten das Lokal zu verlassen. Natürlich wurde dieser Aufforderung unverzüglich Folge geleistet; mit Erstaunen aber sahen die sich entfernenden Straßenbahner, daß eine ganze Zahl Polizeibeamter und Nachtwächter an verschiedenen Stellen in nächster Nähe des Lokals postirt waren. Was hat nun, so wird man gewiß fragen, diese ganze Sache mit der Entlassung der Straßenbahner zu thun? Die Antwort auf diese Frage dürfte nicht zweifelhaft sein, wenn man erfährt, daß die Direktion der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft bereits am Nachmittage des 1. Juni von der beabsichtigten Geburtstagsfeier Kenntniß hatte und sich für dieselbe — böses Gewissen läßt den Menschen überall Gefahr wittern — lebhaft — interessirte. Faßt man nun noch die Thatsache in's Auge, daß sämmtliche Entlassenen an der erwähnten Geburtstagsfeier theilnahmen und erwägt man, daß am Wirthshaustische eher als sonst ein freies Wort gesprochen wird, so wird Einem der Zusammenhang zwischen der Entlassung der fünf Straßenbahner mit dem von uns erwähnten Vorfalle einleuchten.

Es ist bezeichnend für die bei der hiesigen Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft bestehenden Zustände, daß die Direktion es wagen kann, Angestellte, die sich nichts zu Schulden kommen ließen, ohne Weiteres auf's Pflaster zu werfen. Wir sagen, dies sei bezeichnend, denn es geht daraus heraus, daß die Leitung der St.-E.-G. heute noch auf jenem Standpunkte steht, den die berüchtigte Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft in unerhörter Protzigkeit ihren Angestellten gegenüber jahrelang einnahm, bis sie sich endlich jüngst zu einem anderen bequemen mußte.

Nun, hoffentlich werden die Angestellten der St.-E.-G. auf deren Vorgehen die richtige Antwort zu geben wissen. Hoffentlich werden sie ihr zeigen, daß es auch in Hamburg endlich vorbei sein muß mit der Protzigkeit der Straßenbahn-Gesellschaften gegenüber ihren Angestellten."

Lohnbewegung der auf Werften beschäftigten Metallarbeiter. In der am 31. Mai in der „Konkordia" stattgehabten Mitgliederversammlung der auf Werften beschäftigten Metallarbeiter wurde einstimmig beschlossen, folgende Forderungen an die Arbeitgeber zu stellen: Minimallöhne für Nieter-Schirrmeister 38 ₰, Helfer und Vorhalter 36 ₰, Nietenwärmer 20 ₰, Schiffsbauer 40 ₰, Helfer am Schiffbau, Bohrer, Platz- und sonstige Hülfsarbeiter 35 ₰, Kreuzer und Stemmer 38 ₰, Schmiede und Kesselschiede, Schirrmeister 45 ₰, Zuschläger 40 ₰, Schlosser, Dreher und Maschinenbauer 45 ₰ pro Stunde. Außerdem wurde beschlossen, auf die bestehenden Löhne einen Aufschlag von 5 ₰ die Stunde zu fordern. Bei Reparaturarbeiten eine Zulage von 5 ₰ die Stunde, das sogenannte Schmutzgeld. Einführung der 9½stündigen Arbeitszeit. Folgende Punkte gelangten ebenfalls zur Annahme, und sollen den Arbeitgebern gleichzeitig unterbreitet werden: Einführung von Lohnütten, nach dem Muster der Firm Blohm & Voß, auf sämmtlichen Werften; Errichtung von Räumlichkeiten, in denen die Arbeiter während der Pausen sich aufhalten und ihr Essen einnehmen können, gleichzeitig Einrichtungen, die es dem Arbeiter ermöglichen, sein Essen wärmen zu können. Errichtung und Instandhaltung von Aborten, welche den sanitären Verhältnissen, und der Zahl der Arbeiter entsprechen. Bei Uebernahme von Akkordarbeit ist der Preis den betreffenden Arbeitern innerhalb 24 Stunden bekannt zu geben.

Betreffs des Arbeitsnachweises gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Wir ersuchen den Verband der Eisenindustrie Hamburgs, bei Arbeitsnachweisungen jede Maßregelung zu unterlassen, sowie auch geeignete Warteräume einzurichten, damit bei ungünstiger Witterung genügend Schutz vorhanden ist, welcher in gesundheitlicher Hinsicht für die Nachfragenden erforderlich ist." Als Tag der Einreichung dieser Forderung wurde der 4. Juni festgesetzt. Die Antwort wurde zum 11., spätestens aber zum 15. Juni erbeten.

Oeffentliche Versammlungen der Metall- und Werftarbeiter finden statt: am Mittwoch, 6. Juni, bei Tütge, Valentinskamp, und bei Sieberling, „St. Petersburg", in Hamm; am Donnerstag, 7. Juni, im „Vereinslokal", früher Ehlers, in Eimsbüttel, und im „Horner Park" in Horn; am Freitag, 8. Juni, im „Barmbeker Kasino", Hamburgerstraße, Barmbek, und in „Speicher's Klub- und Ballhaus", Grünerdeich. Tages-Ordnung: „Die Lohnbewegung der Schlosser, Dreher, Maschinenbauer, Hülfsarbeiter, sowie aller auf Werften und im Heizungsfach beschäftigten Metallarbeiter." Anfang in allen Versammlungen präzise 8½ Uhr.

Dem Jahresbericht der Aufsichtsbehörde für die Innungen entnehmen wir das Folgende: Von den 28 Innungen am Schlusse des Jahres umfaßten 8 das Hamburgische Staatsgebiet, und zwar sind das je 4 Zwangs- und 4 freie Innungen, 14 umfassen das Hamburgische Staatsgebiet, mit Ausschluß der Landherrenschaft Ritzebüttel. Zu den 28 Innungen mit dem Sitz in Hamburg kommen noch die Fleischer- (Zwangs-) Innung in Cuxhaven und die freien Innungen „Bauhütte zu Bergedorf" und „Schlosser-Innung zu Bergedorf". Es wird in dem Bericht mitgetheilt, daß nach der Bestimmung des Senats die Aufsichtsbehörde der Innungen als höhere Verwaltungsbehörde für das ganze Hamburgische Staatsgebiet zu fungiren hat. Die Zahl der Innungs-Mitglieder stieg von 4848 in 1898 auf 8641 am Schluß des Jahres 1899. Die Zunahme ist darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahre 23 Zwangs-Innungen in's Leben traten.

Welchen Zwecken der „Verein von Bäckermeistersöhnen" dient, ergiebt sich aus folgendem, an die Bäckergesellen in Köln versandten Schreiben: „Geehrter Herr Kollege! Der Fachverein von Bäckermeistersöhnen zu Köln bittet um Mittheilung, ob Sie geneigt sind, bei einem eventuellen Streikausbruch in Hamburg sich den dortigen Bäckermeistern zwecks Aushülfe zur Verfügung zu stellen. Alle Kosten übernimmt die gemischte Kommission der Bäckermeistersöhne zu Hamburg und Altona als Ehrensache. Beiliegende Karte wollen Sie gefl. zur Rückantwort benutzen. Mit kollegialischem Gruße: Der Fachverein von Bäckermeistersöhnen Köln."

Wie man sieht: eine Streikbrecherorganisation. Diese Bäckermeistersöhne werden von ihren Vätern vorgeschoben, um das Mißtrauen der Bäckergesellen zu zerstreuen, denen sie sich als „Kollegen" nahen. Die Kollegenschaft hört bald auf, wenn die Bäckermeistersöhne als Erben ihrer Väter Meister geworden sind; dann werden sie die „Kollegen", die sie jetzt zum Streikbrechen mißbrauchen wollen, ebenso ausbeuten und schlecht behandeln, wie es die Herren Väter jetzt mit den Gesellen thun. Die Sache der Bäckermeister muß schlecht stehen, daß sie gezwungen sind, die eigenen Söhne zu so schäbigen Diensten in's Feld zu schicken.

Der Eppendorfer Weg, zwischen der Tegetthoffstraße und der von der Tannstraße, ist wegen Neupflasterung bis auf Weiteres für den durchgehenden Wagenverkehr, mit Ausnahme des Straßenbahnverkehrs, gesperrt.

Das Gewerkschaftskartell veranstaltet am Sonntag, 10. Juni, und Sonntag, 17. Juni, im Konzerthaus Hamburg (vorm. Ludwig, St. Pauli): zwei szenisch ausgestattete Vorträge, ausgeführt von dem wissenschaftlichen Theater der „Urania" in Berlin, und zwar Sonntag, 10. Juni: Das Land der Fjorde, eine Nordlandsfahrt, geschildert von Dr. P. Schwahn; Sonntag, 17. Juni: Vom Matterhorn zur Jungfrau, eine Hochgebirgswanderung, Schilderungen aus Theodor Wundts Werken. (Dioramen von H. Harder und W. Kranz, gesprochen von Johannes Cotta). Die Saalöffnung ist 2½ Uhr Nachmittags, der Anfang präzise 3 Uhr. Einlaßkarten, 30 ₰ à Person und Vortrag, sind zu haben bei den Gewerkschaftsbeamten und an den bekannten Stellen, sowie an der Kasse.

Der Pfingstbesuch im Zoologischen Garten ist, wie das bei dem herrlichen Frühlingswetter nicht anders zu erwarten war, auch in diesem Jahre wieder ein ungewöhnlich hoher gewesen; man zählte am ersten Festtage bei 50 ₰ Eintritt 17 642, am zweiten Tage bei 30 ₰ Entritt 40 369 zahlende Besucher, das macht für beide Tage zusammen 58 011 Personen, außer Aktionären und Abonnenten. Trotz dieser enormen Zahlen wickelte sich der Verkehr an den seit vorigem Jahr bedeutend vermehrten Kassen rasch und ruhig ab. Im Garten waren in den Nachmittagsstunden des zweiten Tages die großen Rasenplätze für die Besucher freigegeben; überall herrschte bei ungestörter Ordnung, ein frohes, festliches Treiben. Die Thierhäuser und ihre Umgebungen waren die ganzen Tage von großen Schaaren Schaulustiger erfüllt.

Aus der Theaterwelt. Die Operettenfreunde werden die Nachricht mit Freude begrüßen, daß Herr Direktor Monti den jugendlichen Komiker und Tenorbuffo Herrn Edmund Löwe für seine Bühne wiedergewonnen hat. Der beliebte jugendliche Künstler tritt bereits am Mittwoch, den 6. Juni, im Altonaer Stadt-Theater als Fairfax in „Geisha" auf. Am Freitag wird mit dem Gaste Josephy „Die Fledermaus" und am Sonnabend „Der Opernball" zur Aufführung kommen. Am Sonntag Nachmittag, Anfang 3½ Uhr, wird Edmund Löwe als Adam im „Vogelhändler" sich hören lassen. Sonntag Abend, Anfang 7½ Uhr, geht als eine der letzten Operetten-Vorstellungen in dieser Saison „Der Bettelstudent" in Szene. An den beiden Pfingstfeiertagen wurden am Altonaer Stadttheater trotz 24 Grad Reaumur nahezu ausverkaufte Häuser erzielt, ein deutlicher Beweis für die Beliebtheit, welcher sich das Ensemble des Direktors Monti erfreut. — Die Tegernseer, die mit der „schönen Millibäuerin" einen bedeutenden und andauernden Erfolg erzielten, bringen, da das interessante Gastspiel nur für kurze Zeit in Aussicht genommen ist, bereits am Mittwoch eine Novität. „Der Prozeßhansl" wird nur am Donnerstag wiederholt, da für Freitag, Sonnabend und Sonntag eine weitere Novität auf dem Spielplan steht: „Der Dorfbarbier." Beide Stücke, „Prozeßhansl" sowohl wie „Dorfbarbier", welch letzterer stets einen großen Lacherfolg hervorruft, zählen zu den Schlagern der Tegernseer.

Das heftige Gewitter, welches in der Nacht zum Dienstag gegen 2 Uhr losbrach und bis gegen 6 Uhr Morgens währte, am Tage auch noch Nachfolge erhielt, hat mehrfach Blitzschaden angerichtet. Im Billwärder Ausschlag 110 wurde ein der Billbrauerei gehörendes, zum Abbruch bestimmtes altes Bauernhaus, mit dessen Beseitigung heute begonnen werden sollte, heute Morgen um 5½ Uhr von einem Blitzschlag getroffen. Zug 6 der Feuerwehr löschte das entstandene Feuer. — An der Alsterdorferstraße wurde ein Schornstein durch den Blitz demolirt. — Ein sogenannter kalter Schlag traf heute Morgen um 5½ Uhr das Haus Hohestraße 66 in St. Georg. — Bei der Eichenstraße in Eimsbüttel traf ein Blitzschlag die alte Eiche, die auch im vorigen Jahre bei einem Gewitter vom Blitz getroffen wurde. — Am Schweinemarkt 8 hat der Blitz heute Morgen um 6½ Uhr die Flaggenstange des Gasthofes „Zum deutschen Hause" zersplittert.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 16. bis 23. Mai 140 Seeschäden gemeldet worden. 6 Dampfer und 18 Segelschiffe gingen total verloren und 78 Dampfer und 38 Segelschiffe erlitten Beschädigungen.

Der neue Schnelldampfer „Deutschland", auf der Vulkanwerft in Bredow bei Stettin für die Hamburg-Amerika-Linie erbaut, ist bei der Ueberführung nach

Paar Stiefel; einem Arbeiter in einem Kloset am Krahnhöft ein Sparkassenbuch über M. 400 der Rendsburger Sparkasse und verschiedene Papiere auf den Namen Valentin Joslick; auf dem Rathhaushofe ein Triumph-Fahrrad, Modell 99; Bornstraße 8 ein amerikanisches Fahrrad Nr. 44753; Grabenstraße 7 aus der Ladenkasse M. 6,30; Hoheluftchaussee 54 bei einem Juwelier von einem 16jährigen Mädchen, das einen Ring kaufen wollte, ein goldener Ring.

In Haft kam ein Schlossergeselle, der, nachdem er in Sagebiels Etablissement mit einem Arbeiter Streit gehabt, seinen Gegner am Glockengießerwall mit einem zugeklappten Taschenmesser verwundete.

Kurzschluß entstand heute Morgen um 9½ Uhr an einem Straßenbahnwagen der Langenfelder Linie auf der Stadthausbrücke. Zug 2 der Feuerwehr beseitigte die Gefahr. Die Passagiere wurden mit einem anderen Wagen befördert.

Feuermeldungen. Am Sonnabend Nachmittag um 5¼ Uhr Heinrich Barthstraße 2 (früher Eichenallee) Gardinenbrand; um 6¼ Uhr Abends Hüxter 18 Feuer in einer Stube: um 11¼ Uhr Vorsetzen 24, Haus 13, zweite Etage, kleines Feuer, veranlaßt durch eine Petroleumlampe; am Sonntag Nachmittag um 5½ Uhr großes Feuer in der Richtung nach Stellingen; um 5¾ Uhr Graskeller 21 kleines Feuer im Keller des Waarenhauses von Niemann; am Montag Mittag um 12¼ Uhr am Schuppen 38 am Amerikakai Brand von alten Säcken und Unrath, den die Fährdampfer „Dalmann" und „Bertheau" löschen sollten, die jedoch gar nicht in Thätigkeit kamen; um 1 Uhr Brand einer Holzplanke am Ausschlägerweg; um 1¾ Uhr Marienthalerstraße 7 in Hamm (frühere Obere Querstraße) Balkenbrand; am Montag Vormittag um 10¾ Uhr Peterstraße 23 blinder Lärm; um 10 Uhr Schwenckestraße 7 Rußbrand; Abends um 10 Uhr Margarethenstraße 48 Lampenexplosion und Brand von Kleidungsstücken; um 10½ Uhr Osterstraße 165 blinder Lärm; um 11¼ Uhr Markmannstraße Unrathbrand; um 11½ Uhr Borgesch straße 32 Lumpenbrand; am Dienstag Morgen um 5½ Uhr Kampstraße 26 blinder Lärm.

Altona.

Ueberschwemmungen in Altona. Das Gewitter in vergangener Nacht brachte so riesige Regengüsse, daß die Siele gar nicht im Stande waren, alle die herniederströmenden Wassermassen aufzunehmen. An verschiedenen Stellen fanden Ueberschwemmungen statt, wodurch viel Schaden und Unannehmlichkeiten verursacht wurden. Unter dem Lessingtunnel hatte sich ein großer See gebildet, der in der Nachbarschaft die Keller unter Wasser setzte und selbst in die Parterrelokalitäten sein Wasser hineinspülen ließ. Auch an verschiedenen anderen Stellen liefen die Keller voll Wasser und zerstörten resp. beschädigten die darin lagernden Waaren und andere Gegenstände. Die Feuerwehr mußte auf verschiedenen Stellen Hülfe leisten, um die Wassermassen wieder zu entfernen. Ueberall hört man nach diesem Vorkommniß wieder die Forderung ertönen, daß unser Sielsystem verbessert werden müsse.

Von einem Blitzschlag getroffen wurde heute Morgen um 5 Uhr der hohe Signalmast bei der Dampfschiffsbrücke. Der Knopf der Stange und zirka 8 Fuß der Spitze derselben wurden zerschmettert.

Die Elbschlucht, dieses bekannte große Wirthschafts-Etablissement, ist in den Besitz der Bavaria-Brauerei übergegangen. Der bisherige Inhaber verbleibt jedoch noch bis auf Weiteres als Wirth.

Straßensperre. Die Schumacherstraße, zwischen Große Bergstraße und Schauenburgerstraße, ist für den durchgehenden Wagenverkehr gesperrt worden.

Der Kreuzer „Pfeil", der einige Tage im hiesigen Hafen vor Anker lag, ist heute Morgen wieder in See gegangen, um angeblich dem Schutze der Nordseefischerei obzuliegen.

Gerettet. Zwei Damen und zwei Herren mietheten sich am ersten Pfingsttage bei Oevelgönne ein Boot und fuhren auf der Elbe hin und her. Schließlich vergnügten sie sich damit, daß sie das Boot auf und nieder schaukelten. Dabei wurde dasselbe voll Wasser geschlagen und kam schließlich zum Sinken. Die Insassen mußten sämmtlich ein kaltes Bad nehmen, wurden aber vor dem Ertrinken durch die Mannschaft eines grünen Dampfers gerettet.

Unglücksfälle. Der Arbeiter Kahlbohm kam am Sonntag in dem Hause Gustavstraße 98 so unglücklich zu Fall, daß er den linken Unterschenkel brach. Die Sanitätskolonne der Feuerwehr brachte den Verunglückten nach dem städtischen Krankenhause. — Eine Wittwe fiel am Sonnabend in der Großen Rainstraße eine Kellertreppe hinunter und zog sich bedeutende innere Verletzungen zu. Man beließ sie zunächst in ihrer Wohnung, doch verschlechterte sich ihr Zustand derart, daß man sie nach dem städtischen Krankenhause bringen mußte.

Ein Heidebrand entstand gestern Nachmittag in den Bahrenfelder Tannen. Die städtische Feuerwehr wurde alarmirt und beseitigte die Gefahr.

Bei einer Schlägerei, die in vergangener Nacht in Ottensen zwischen mehreren Personen stattfand, wurde einem Betheiligten ein Auge ausgeschlagen. Der Verletzte fand Aufnahme im Krankenhause.

Aus dem Fenster gestoßen will der Schlachter A. sein, der gestern mit einem Unterschenkelbruch in der Bleicherstraße aufgefunden und von der Sanitätskolonne nach dem städtischen Krankenhause gebracht wurde. Er soll an einer Schlägerei betheiligt gewesen sein. Klarheit in der Angelegenheit dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Nasse Füße bekam ein Gelegenheitsarbeiter, der Ecke Papagoyen- und Kirchenstraße eingeschlafen war, heute Nacht bei dem Gewitterregen, denn man hatte ihm, während er schlummerte, die Stiefel von den Füßen gestohlen.

Auf frischer That ertappt. In vergangener Nacht wurde ein Zigarrenarbeiter dabei abgefaßt, als er in der Lagerstraße in eine Zigarrenfabrik eingebrochen war und Zigarren und Garderobenstücke gestohlen hatte. Er wurde in Haft genommen.

Diebstähle. Vor Groths Etablissement an der Elbchaussee wurde in vergangener Nacht ein Automat erbrochen und aus demselben wurden Geld und Waaren entwendet. — Einer Frau stahl man gestern beim Stuhlmann-Brunnen ihr Portemonnaie mit Inhalt und einer anderen Frau passirte dasselbe beim Fischmarkt.

Verhaftet wurde in der Lerchenstraße auf Requisition der Hamburger Staatsanwaltschaft der Schlosser Garbens, der beschuldigt wird, das Haus seiner Mutter in Kirchwärder vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. — Ein Ingenieur gerieth in Haft, der von der Staatsanwaltschaft in Dresden wegen Bedrohung verfolgt wurde.

Wandsbek.

× **Ein äußerst starker Verkehr** herrschte während der Pfingstfeiertage in Wandsbek. Schon in den frühen Morgenstunden strömten viele Tausend Menschen, aus den Nachbarstädten kommend, dem schönen Gehölz zu, wo sich ein recht fröhliches Treiben entwickelte. Die an Sonn- und Feiertagen nach Wandsbek fahrenden vier Linien der Straßenbahn konnten oft nicht die kolossalen Menschenmassen befördern. Wie stark der Strom der Ausflügler auch nach den weiter im Kreise Stormarn gelegenen Ortschaften war, kann man daran ermessen, daß Abends die fahrplanmäßigen Züge der Lübeck-Büchener Bahn nicht im Stande waren, die Menschenmassen zurückzubefördern. Am Abend des ersten Pfingsttages mußten auf den einzelnen Stationen viele Ausflügler die vollbesetzten Züge so lange an sich vorüberfahren sehen, bis ein von Lübeck kommender, eigens abgelassener Extrazug die Harrenden um 12 Uhr und später aufnahm. Sämmtliche Sommerlokale in Wandsbek und Umgegend waren an beiden Tagen überfüllt.

× **Das Gewitter,** das in der letzten Nacht herniederging, hat auf mehreren Stellen in der Stadt und in den Nachbarorten Schaden angerichtet. In der Lindenstraße in Marienthal und in mehreren Privatgärten zerschmetterte der Blitz eine Anzahl alter Bäume. In dem in der neuen Kaserne befindlichen Offizierkasino wurden durch den Blitz mehrere werthvolle Oelgemälde angezündet. Das sich entwickelnde Feuer konnte zwar in einigen Minuten durch Husaren gelöscht werden, doch beträgt der entstandene Schaden mehrere Tausend Mark. Einige Häuser wurden vom Blitzstrahl getroffen und beschädigt, doch handelte es sich nur um sogenannte kalte Schläge.

× **Vor einem Donnerschlage** scheute in der Nacht zum Dienstag in der Hamburgerstraße das Pferd eines Droschkenkutschers aus Hamburg. Das scheue Thier lief wie rasend nach der Hamburger Grenze, wo es gegen ein von Eilbek kommendes Fuhrwerk lief, dessen Deichsel ihm tief in die Brust eindrang. Der Droschkengaul stürzte todt zu Boden. Der hiesige Frohn schaffte den Kadaver nach der Abdeckerei.

× **Von der liebenswürdigsten Seite** zeigte sich gestern im hiesigen Gehölz ein junges Mädchen, das in übermüthiger Laune mit einigen Herren schäkerte. Diese Ausgelassenheit kam einem Kriminalbeamten verdächtig vor, weshalb er die junge Dame scharf beobachtete. Seine Observation war von Erfolg gekrönt, denn er bemerkte, wie ihre sehr geschmeidige Hand sich schnell in die Tasche eines Herrn senkte. Im nämlichen Augenblicke war es um die Kleine geschehen. Sie leugnete zwar, Taschenkunststückchen zum Besten gegeben zu haben, doch wurde sie völlig des Diebstahls überführt. In ihrer Tasche befanden sich mehrere Portemonnaies und andere von ihr annektirte Werthsachen.

× **Diebstahl.** Mehrere Goldsachen und zwei Dutzend Handtücher wurden gestern einem am Hofweg wohnenden Privatier entwendet. Der Dieb hatte seinen Weg durch ein offenstehendes Fenster genommen und konnte ungestört „arbeiten", da sich Niemand im Hause befand. Der Werth der gestohlenen Gegenstände beträgt über M. 200.

Hamburger Landgebiet.

N. **Bergedorf.** Bauarbeiterschutz. Wie die von der Bau-Berufsgenossenschaft verfügten Unfallverhütungsvorschriften respektirt werden, zeigt sich wieder bei dem Bau des städtischen Werk- und Armenhauses auf dem Horster Moor. Trotz mehrfacher Vorstellung seitens der dort beschäftigten Bauarbeiter sahen sich weder die Arbeitgeber noch der vom städtischen Bauamt angestellte Bauführer veranlaßt, dafür zu sorgen, daß die Balkenlage abgedeckt wird. Die Bauarbeiter haben dadurch alle Aussicht, unter Umständen von der vierten resp. fünften Rüstung gleich in den Keller zu stürzen. Es geht auch bei den städtischen Arbeiten nach der alten Devise: Der Brunnen wird zugedeckt, wenn das Kind hineingefallen ist.

Bei dem günstigen Wetter, welches die diesjährigen Pfingstfeiertage auszeichnete, hatten ungeheure Menschenmengen Bergedorf und die umliegenden Orte besucht. Vielen Ausflüglern bereitete die Retourfahrt Schwierigkeiten, da sie auf dem Bergedorfer Bahnhof eine Stunde und länger warten mußten, ehe sie mit den in großer Anzahl angehängten Viehwagen befördert werden konnten.

Geesthacht. Eine Feuersbrunst äscherte am Dienstag Morgen das Wohnhaus des Milchhändlers Wilkens in der Großen Deichstraße ein. Die Mobilien wurden gerettet.

Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Die Wählerlisten für Wilhelmsburg,** mit Ausnahme von Stillhorn III, werden zum Zwecke der Wahlen von Gemeinde-Ausschumitgliedern und Bezirksvorstehern vom 6. bis 11. Juni d. J. im Gemeindebüreau während der Geschäftsstunden von Vormittags 8 bis 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr öffentlich ausliegen.

r. **Bei dem Gewitter,** welches heute Morgen über die Insel Wilhelmsburg zog, schlug der Blitz in das Haus des Gemeindedieners Schröder im Kirchdorf und in das Haus des Käthners Johann Buhr in Gätjensort ein. Beide Häuser wurden eingeäschert.

r. **Einen Bruch des rechten Armes** erlitt am Sonnabend gegen Abend der 13jährige Sohn des Maurers Fink, wohnhaft am Rothenhauserweg, dadurch, daß am Vogelhüttendeich einige Knaben mit ihm Händel anfingen und den F. auf das Trottoir warfen. Ein Arzt legte dem Verletzten einen Nothverband an und ordnete, da der Bruch grade im Gelenk war, die Ueberführung in's Krankenhaus an.

r. **Als Gemeinde-Ausschußmitglied für die Sondergemeinde Stillhorn IV** (Wilhelmsburg) ist Gastwirth Wülfken am letzten Donnerstag in der Sitzung des Kreisausschusses bestätigt worden.

Schleswig-Holstein.

y. **Stellingen-Langenfelde.** Wieder einer von der alten Garde dahin gegangen. Der Genosse Georg Wiese, welcher am Sonnabend plötzlich verstarb, war während des Ausnahmegesetzes stets einer der eifrigsten Genossen und werden die Genossen in Altona, wo er damals wohnte, ihm ebenso wie die hiesigen ein bleibendes Andenken bewahren. Den hiesigen Maurern war er stets ein treuer und wackerer Kamerad.

Friedrichsruh. Ein Waldbrand fand am Montag im Witzhaver Viert bei der Doktorlinie auf einer 140 Meter langen Waldbrandstrecke statt. In Gefahr waren 150 Morgen Waldung. Durch die Anstrengung des Försters, der durch seinen radfahrenden Sohn gleich nach Ausbruch des Feuers die Meldung erhielt, gelang es, den Brand in einer Stunde zu bewältigen.

Hannover.

Lüneburg. Das Nachspiel zur vorjährigen Kalenderverbreitung. Einen neuen Beweis der überaus pflichteifrigen Staatsanwaltschaft lieferte wieder der am Mittwoch vor dem Amtsgericht zu Bergen bei Celle zur Verhandlung gekommene Prozeß gegen den Genossen Riedlinger wegen Vergehens gegen § 43 der Gewerbeordnung. Im November des letzten Jahres verbreiteten bekanntlich die Genossen im ganzen Wahlkreis den „Neuen Hannoverschen Volkskalender". In Bergen bei Celle wurde diese Verbreitung von den Genossen Tödter und Riedlinger ausgeführt. Einige Zeit darauf erhielt R. eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter zu Bergen. Wegen der großen Entfernung, 75 Kilometer, ersuchte R. um kommissarische Vernehmung in Lüneburg. Darauf wurden Tödter und Riedlinger vor dem hiesigen Amtsgericht vernommen. Sie wurden der „öffentlichen Verbreitung von Druckschriften ohne behördliche Genehmigung" beschuldigt. Nachdem sie nachgewiesen, daß zur öffentlichen Verbreitung der Volkskalender keine behördliche Genehmigung erforderlich ist, wurde das Verfahren gegen Tödter eingestellt, gegen Riedlinger wurde die Anklage aufrecht erhalten. Das Amtsgericht zu Bergen trat jedoch den Ausführungen, die die Angeschuldigten bei ihrer Vernehmung gemacht hatten, bei, und lehnte die Verfolgung ab. Gegen diesen Beschluß beschwerte sich die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht zu Lüneburg. Die Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen, gegen R. aber das Verfahren wegen gewerbsmäßiger Verbreitung von Druckschriften ohne polizeiliche Genehmigung angeordnet. Endlich konnte nun am 30. Mai die Verhandlung stattfinden. Riedlinger betonte, daß er an der Verbreitung nicht das geringste materielle Interesse, sondern nur ein ideales Interesse gehabt habe. Die drei als Zeugen geladenen und beeidigten Wegearbeiter konnten nichts von Belang aussagen. Nach langer Berathung erkannte das Gericht auf Freisprechung. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Der Amtsanwalt hatte die Verurtheilung zu M. 50 Geldstrafe eventl. 10 Tagen Haft beantragt. — So verliefen also auch diese Bemühungen der Staatsanwaltschaft, ebenso wie beim „Tanzkrieg", im Sande.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 5. Juni. (W. T. B.) „Jaguar" ist am 2. Juni in Shanghai eingetroffen. — „Köln" mit einem Ablösungstransport für die Schiffe in Ostasien ist am 3. Juni in Colombo eingetroffen und am 3. Juni nach Singapore weitergegangen. — Der Ablösungstransport für „Geier" an Bord der „Bolivia" ist am 1. Juni in Colon eingetroffen. Der Ablösungstransport für die Schiffe in Ostasien an Bord des „Stuttgart" ist am 3. Juni in Port Said eingetroffen und an demselben Tage nach Aden weitergegangen. — „Vineta" ist am 2. Juni in Horta eingetroffen und am 4. Juni nach Santa Lucia in See gegangen.

Graudenz, 5. Juni. (W. T. B.) Am Pfingstsonntag entwichen aus dem hiesigen Zuchthause vier Sträflinge, nachdem sie den Aufseher niedergeschlagen hatten. Einer legte den Rock des Erschlagenen an, setzte dessen Mütze auf und schnallte sich das Seitengewehr um; er führte sodann die Uebrigen, nachdem sie die Mauer überstiegen hatten, durch die Stadt. Zwei Sträflinge entkamen, zwei wurden in der Nähe der Stadt nach heftigem Widerstande überwältigt. Der Aufseher ist seinen Verletzungen erlegen.

Bamberg, 5. Juni. (W. T. B.) Bei Staffelbach stieß der Kissinger Schnellzug Nr. 28 mit einem Güterzuge zusammen. Es verlautet, daß vier Personen schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Es sind Hülfszüge abgegangen.

Schönau a. d. Katzbach, 5. Juni. (W. T. B.) In Folge des gestern Mittag im oberen Katzbachthal niedergegangenen Wolkenbruchs ist der Damm der Katzbachthalbahn an zwei Stellen unterspült. Der Verkehr zwischen Ketschdorf und Merzdorf ist unterbrochen.

Bern, 5. Juni. (W. T. B.) Der amerikanische und der chilenische Gesandte ersuchten den Bundespräsidenten, den dritten Schiedsrichter zur Vervollständigung des Schiedsgerichts zu bezeichnen, das gemäß den Verträgen von Santiago im Jahre 1892 und von Washington im Jahre 1893 über die Ansprüche entscheiden soll, die chilenische Bürger von den Vereinigten Staaten und Bürger der Vereinigten Staaten von Chile erheben. Der Bundespräsident bezeichnete als Schiedsrichter den schweizerischen Gesandten in Washington Dr. Pioda.

London, 5. Juni. (W. T. B.) Das Reut. Bür. meldet aus Tientsin vom 4. d. M.: Die Boxers sollen 4 Meilen von hier entfernt stehen. Ein Angriff auf die Stadt wird erwartet, doch ist Alles vorbereitet und die Bevölkerung in zuversichtlicher Stimmung. Drei belgische Ingenieure sind hier eingetroffen. Nach einer Mittheilung des französischen Konsuls werden 11 belgische Ingenieure noch vermißt; es besteht aber die Hoffnung, daß 5 gerettet werden.

London, 5. Juni. (W. T. B.) Der Reuter'sche Korrespondent in Tientsin meldet vom 5. d. M.: Ich besuchte Huangtsu in Begleitung von Eisenbahningenieuren. Wir fanden die Station niedergebrannt. Auch ist der Versuch gemacht worden, zwei Brücken zu zerstören. Der Befehlshaber der chinesischen Truppen, die die Bahn bewachen, meldete, 200 Mann seien davongelaufen und hätten 50 Mann im Stich gelassen. Letztere hätten gut gefochten und mehrere Boxers getödtet. Die Soldaten, die weggelaufen waren, sollen in dem durchbrochenen Gelände abgeschnitten sein. Wie berichtet wird, beträgt der Verlust 60 Mann. Wir bargen zwei Leichen, die entsetzliche Verletzungen aufwiesen, desgleichen mehrere Verwundete. Wir sahen Banden von Boxers das Land durchstreichen, die jedoch die Züge nicht angriffen. Alle chinesischen Bahnbediensteten verlassen ihre Posten, obwohl Truppen zu ihrem Schutze abgesandt wurden, so daß sich die Maßregel als nutzlos erweist. Auch die zum Schutze von Fengtai beorderte Truppe von 250 Mann ist gestern früh nach Lukoutschao geflohen, als sie Nachricht von den Vorgängen bei Huangtsu erhielten.

Paris, 5. Juni. (W. T. B.) Im heutigen Ministerrathe theilte der Minister des Aeußern Delcassé mehrere Telegramme über die Lage in China mit. Der französische Gesandte in Peking verwendet sich im Einvernehmen mit den übrigen diplomatischen Vertretern energisch für den Schutz der fremden Staatsangehörigen. Admiral Courrejolles wird mit seinen Schiffen demnächst vor Taku erwartet.

Der Krieg in Südafrika.

Berlin. 5. Juni. (H. C.) Nach einem Londoner Telegramm des „B. T." brachte Frau Reitz bei ihrer Flucht aus Pretoria im Gepäckwagen zwei an den Boden geschraubte, von zwei Holländern bewachte eiserne Schränke mit 150 000 Pfund nach Lourenço Marques mit. Das Geld wurde mit der portugiesischen Regierungsbarkasse an Bord des Dampfers „Bundesrath" gebracht. Der Dampfer „Herzog" nahm 17 Kolli Gold mit.

Lissabon, 2. Juni. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Der Minister des Auswärtigen stellte gegenüber einem Debutirten fest, daß Portugal von der Südafrikanischen Republik kein Ultimatum erhalten habe, auch habe kein Kampf an der Grenze von Transvaal und Portugiesisch-Ostafrika stattgefunden.

London, 5. Juni. (W. T. B.) Eine von gestern Abend 8½ Uhr datirte Depesche des Feldmarschalls Roberts von Six Miles-Spruit besagt: Wir brachen heute bei Tagesanbruch auf und marschirten etwa 10 Meilen bis zu diesem Spruit, dessen beide Ufer vom Feinde besetzt waren. Die berittene Infanterie und vier Kompanien Yeomanry vertrieben den Feind schnell vom südlichen Ufer und verfolgten ihn nahezu eine Meile, bis sie sich einem heftigen Feuer der in Verstecken geschickt verborgenen Geschütze der Boeren ausgesetzt sahen. Unsere schweren Geschütze eilten über die Pretoria umgebenden Hügel der Infanterie zu Hülfe und vertrieben, unterstützt von der Brigade Stevenson und der Division Pole Carew, nach einigen Schüssen den Feind aus seinen Stellungen. Die Boeren versuchten, unsere linke Flanke zu umgehen, was die berittene Infanterie und die Yeomanry verhinderten. Da die Boeren unseren Nachtrab auf dem linken Flügel fortgesetzt bedrängten, sandte ich dem drei Meilen links von mir vorrückenden General Hamilton den Befehl, zu mir einzuschwenken und die Lücke zwischen beiden Kolonnen auszufüllen. Der Feind wurde sodann in der Richtung auf Pretoria weiter getrieben. Der Einbruch der Nacht verhinderte die Verfolgung. Die Gardebrigade steht ganz in der Nähe des südlichsten Forts von Pretoria, kaum vier Meilen von der Stadt entfernt. Die Generale French und Hutton stehen nördlich von Pretoria, die Brigade Broadwood zwischen den Kolonnen der Generale French und Hamilton. Gordon schützt die rechte Flanke unserer Hauptarmee bei der Station Irene, die vom Feinde zerstört worden ist. Ich hoffe, daß unsere Verluste gering sind.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntniß gegeben wird.

Krankenkassen:

Mittwoch, den 6. Juni, Abends 8½ Uhr: **Maurer, „Grundstein zur Einigkeit", Zahlstelle Eppendorf,** bei Bunge, Eppendorferbaum.

Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden hocherfreut
W. Schwisow u. Frau.
Hamburg, 3. Juni 1900.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hocherfreut an
Ernst Hornkohl u. Frau Anna, geb. **Giese.**
Hamburg, 1. Juni 1900.

Am 5. Juni starb nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter
Doris Schöneberg Wwe.,
geb. **Adrian,**
im 72. Lebensjahre.
Tief betrauert von
ihren Kindern und Enkeln.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Juni, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, St. Georg, Münzweg 10, nach dem Kirchhof am Diebsteich statt.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Bergedorf.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Mittheilung, daß unser Kollege
Albert Nann
am 2. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juni, Vormittags 11 Uhr, in Hamburg von der Kapelle auf dem Ohlsdorfer Friedhofe statt.
Um rege Betheiligung bitten
Die Bevollmächtigten.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zahlstelle Stellingen.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hierdurch die traurige Mittheilung, daß unser früherer zweiter Vorsitzender und treuer Kollege
Georg Wiese
plötzlich im Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juni, Nachmittags 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus nach dem Altonaer Kirchhofe statt.
Um rege Betheiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Todes-Anzeige.
Nach längerem schweren Leiden entschlief sanft am 3. Juni mein lieber Mann, unser Vater, **Hermann Keck,** im Alter von 56 Jahren.
Dies zeigen tief betrübt an:
Frau **Amalie Keck u. Kinder.**
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, d. 6. Juni, Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, St. Georg, Langereihe 87, Haus 3, I.

Todes-Anzeige.
Am 3. ds. entschlief nach schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater u. Großvater
Joh. Gottfr. Gerntke
im Alter von 71 Jahren.
Auf's Tiefste betrauert von seinen **Kindern, Schwiegerkindern** und **Enkeln.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 6. ds., Nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle, Holstenthor, aus statt.

Nachruf
an unsere langjährige Mitarbeiterin
Ida Brandt.

Du bist so früh dahin geschieden,
Die Du von Jedermann geliebt,
Weil Freundlichkeit und stets der Frieden,
Und Ruhe sprach aus Dein' Gemüth.

Als Braut bist Du hinweggerissen,
Schon in der schönsten Blüthezeit;
Am schwersten jedoch wird vermissen
Der Vater Dich in seinem Leid.

So schlumm're sanft und still in Frieden,
In Deinem Bett von kühlem Sand.
Du hast vollbracht den Kampf hienieden,
Du gingest in ein bess'res Land.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter
der Firma **L. W. Treu & Co.**

Danksagung.
Da es mir unmöglich ist, jedem Einzelnen zu danken, so sage ich hiermit für die herzliche Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben, unvergeßlichen Frau
Johanna Christine Margarethe Koch,
geb. **Ballhorn,**
allen Verwandten, Bekannten, Freunden und Nachbarn, insbesondere dem Sparklub „Die lustigen 50", und dem Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hülfsarbeiter, Zahlstelle I zu Altona, und dem Gesangverein der Maurerarbeitsleute Altonas für das schöne Grabständchen unseren herzlichsten und innigsten Dank.
August Koch nebst **Tochter.**

Danksagung.
Für die bewiesene Theilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hiermit allen Freunden, Bekannten und Nachbarn, insbesond. den Mitarbeit. d. **Blohm u. Voss**'schen Maschinenfabr. mein. innigsten Dank.
Hamburg, den 5. Juni 1900.
W. Lütgens.

Danksagung.
Da es mir unmöglich ist, jedem Einzelnen für die anläßlich der Beerdigung meines lieben Mannes erwiesene Theilnahme und die reiche Kranzspende zu danken, sage ich hierdurch allen Verwandten, Freunden und lieben Gästen, sowie dem „Verein Hamb. Gastwirthe v. 1871", dem Klub „Hannovera", dem „St. Georger Serienklub v. 1866", dem „Lotterieklub v. 1897", besonders der „Liedertafel Friesen v. 1889" für den schönen Gesang in der Kapelle zu Ohlsdorf meinen innigsten Dank.
Bertha Claus Wwe., geb. Elligsen, und Kinder.

Oeffentliche Versammlung
der Klempner Altonas
am Freitag, den 8. Juni 1900, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Christiansen, Blumenstraße.
Tages-Ordnung:
1) Die Lohnbewegung der Hamburger Kollegen. 2) Schließen wir uns derselben an?
Der Einberufer.

Danksagung.
Für die rege Betheiligung und überaus reiche Kranzspende beim Dahinscheiden meiner Tochter **Ida** sage hierdurch allen Verwandten, Freunden, Nachbarn und Mitarbeitern, insbesondere allen Denen, die ihr zur Lebenszeit schmerzlindernd, tröstend und hülfreich zur Seite standen, meinen herzlichsten Dank.
Altona, 3. Juni 1900.
Fr. Brandt.

Sarg-Magazin von H. Rixen, Eimsb. Chaussee 22. Telephon 145, Amt 2.

Achtung, 6. Wahlkreis!
Den Parteigenossen zur Kenntnißnahme, daß ich mit dem heutigen Tage die Parteigeschäfte wieder übernommen habe.
C. Lementzow, Vertrauensperson, Altona-Ottensen, Lobuschstr. 19, I.

Verein der Kutscher vom öffentl. Fuhrwesen Hamburg.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 8. Juni 1900, Morgens 9 Uhr u. Abends 9 Uhr präz., in Tütge's Etablissement, Valentinskamp.
Tages-Ordnung:
1) Verlesung. 2) Unsere Lohnbewegung und das Verhalten des Zentralverbandes dazu. 3) Berufs- und Halteplatzangelegenheiten, Notirungen durch die Organe der Polizeibehörde.
Nach der Abendversammlung:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Abrechnung vom Streik.
Der Vorstand u. Lohnkommission.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
Zahlstelle Hamburg.
Hierdurch den Mitgliedern zur Kenntniß, daß besonderer Umstände wegen die regelmäßige Mitgliederversammlung, am Donnerstag, 7. Juni, nicht stattfindet.
Am Freitag, den 8. Juni, haben die Baubelegirten Abends bis 8½ Uhr im Büreau, Gänsemarkt 35, I., ihre Karten abstempeln zu lassen.
Die Bücherrevision findet in diesem Monat an allen Bauten am Montag, den 11. Juni, statt. **Die örtliche Verwaltung.**

Miether-Verein zu Hamburg.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, d. 8. Juni, Abends 9 Uhr, im „Hammonia-Gesellschaftshaus", Hohe Bleichen 30.
Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Cohen über: **Kahlpfändungsrecht und die Grundeigenthümer in der Sanirungsfrage.**
Gäste erwünscht.

Rath und Auskunft, Prozeßf., Aufert. von Verkaufsakt., Testam., Gesuchen, Besorgung von Heimathspapieren, Einz. fauler Schulden. **Kaiser Wilhelmstraße 4, I.,** vis-à-vis Werftstraße, v. 9 Uhr Morgens b. 8 Uhr Abds., Sonntags v. 11—1.

Arbeitsmarkt

Gesucht Korbmacher auf Demijohns. Hackmack, Sande bei Bergedorf.

Ein Korbmacher auf dauernde Arbeit, ganz im Hause, sofort gesucht. Billwärder a. d. Bille 26.

Schuhmacher, Logis und Arbeitsplatz. Neue ABC-Str. 18, I. Das. Herrenarb. mitmachen.
Gf. e. Schuhm. a. Mittelarb. Jägerstr. 52, St. Pauli.
Gef. Schuhm. a. Mittelarbeit. Ferdinandstr. 64.

Per sofort event. später wird für eine Lederhandlung eine Stepperin in angenehmer und dauernder Stellung gesucht. Es wird nur auf eine erste Kraft reflektirt, welche selbstständig arbeiten kann. Näheres zu erfr. Lincolnstr. 9.

Suche sof. e. Bekleber od. Bekleberin. M. Philipsohn, Admiralitätstr. 1.

Hamburg.
G. Z.-A. a. F. M. 11. Hellkamp 44, pt., hinten.
G. Z.-A. F. 10,50. Heinrich Hertzstr. 106, 1., Uhlenh.
G. Z.-A. a. F. M. 10 u. 12. Hohenfelderstieg 5, pt.
G. Z.-A. a. F. M. 10, im Lad. Jägerstr., A. J. Schmidt.
G. Z.-A. a. H. Schr. M. 16. Marthastr. 48, 1.
G. Z.-A. a. H. M. 14,25. Lindenallee 63, 2. l.
Gef. Zig.-Arb. a. H. M. 15 u. Zurichterin a. ½ T. M. 6. Mendelssohnstr. 8, 2. r.
Gef. Z.-A. a. F. M. 10. Pinnebergerweg 19, pt. l.
Gef. Zig.-Arb. a. F. M. 10. Zippelhaus 20.
Gef. Zur. a. ½ T. M. 5. Freiligrathstr. 14, Hs. 7, 2.
G. Zurichterin a. ½ T. M. 5. Marthastr. 29, 1.
G. Wickelmacherin a. F. 3,75. Amandastr. 20, 1.
Wickelmacherin 4,50. Marschnerstr. 4, pt., Barmb.

Altona.
Gf. Z.-A. Form M. 11. Eimsbüttelerstr. 89, 3. l.
Gef. Z.-A. H. M. 15. Funkstr. 13, 1. l.
G. Z.-A. H. M. 15,75. Paulstr. 29, 2. l.
Gef. Zurichterin ½ Tag M. 3. Adlerstraße 55, II.
Gf. Wickelm. a. F. M. 3,35. Gählerstr. 28, H. 3, 2.
Gef. Rapperstr. ½ Tg. 2,75. Schumacherstr. 2, 1.
Gef. Rapperstr. ½ Tg. M. 5. Gr. Bergstr. 212, 1.

Ottensen.
Gef. Z.-A. a. H. M. 12,75. Bahrenfelderstr. 90, 2.
Gef. Zig.-Arb. a. H. M. 15. Am Felde 93, p.
Gef. Z.-A. a. H. M. 17,50. Karl Theodorstr. 22, 2. r.
Gef. Z.-A. a. H. Schr. M. 15. Kronprinzenstr. 13, 1
Gef. Zig.-Arb. a. H. M. 15. Lagerstr. 11a, 3. r.
Gef. Zig.-Arb. a. H. M. 14. Schulstr. 21, 2.
Gef. Z.-A. a. H. kl. Sum. M. 15. Sternstr. 4, 1. r.
Gef. Blattzur. a. ½ T. M. 3. Gr. Karlstr. 51, Hs. 2, 1. l.
Gef. Blattzur. a. ½ T. M. 6. Gr. Rainstr. 42, 1. r.
Gef. Rapperstr. a. ½ T. Morg. M. 5. Arnoldstr. 27, 1. l.

Roh-Tabak. Hengfoss & Maak, Bismarckstr. 28, Ottensen.

Roh-Tabak-Lager.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Ad. Hinsch,
Hamburg, Freihafen: Neuer Wandrahm 1, **Altona:** Reichenstr. 18.

Roh-Tabak-Lager.
Emil Bente, Kl. Bergstr. 47, Alt.

Pfand-Leihhaus!
**früher: Bei den Hütten 71, j

Bei e. Wwe. f. E. möblirte Zimmer zu verm. Marthastr. 36, III. l.

Dr. Peltesohn, Augenarzt,
von der Reise zurück.

Barbier-Geschäft zu verkaufen.
Ich beabsichtige, meine Filiale (1 Jahr bestehend) sofort für den Inventarwerth abzugeben. Das Geschäft ist sehr rentabel, M. 20 Miethe, Einnahme M. 157—192 monatlich. Beim Ausgang der Krupp'schen Werft, welche in nächster Zeit sehr vergrößert wird, und in nächster Nähe des herrlichen Kieler Hafens.
H. A. Mittelsdorf, Kiel, Bergstr.

Jedermann erhält auf Theilzahlung
Herren- u. Knaben-Garderoben
zu konlanten Bedingungen.
Kein Abzahlungsgeschäft.
S. Freid,
Großer Neumarkt 1a, 1. Et.

1 eleg. aufr. Piano in Eisen für M. 150 z. verk. mit Garantieschein. Näheres Gänsemarkt 64, 2. Et., neb. Café Ott.

Großes Lager von **Mobilien,** v. d. einfachst. b. z. d. feinsten, billigst.
W. Voges, Elbstraße 122.

Herren-Garderoben
fertig und nach Maß liefert in bester Ausführung zu billigsten Preisen
Röhrendamm 100, Ph. Daltrop,
und Erste Klosterstr. 16, am Meßberg.

Rabattmarken-Sammler,
verlangt **stets Blechmarken,** schon **250 Stück** werden für **Baargeld** eingelöst.

Nähm., gut erh., u. Gar., M. 10. Kattrepel 35, 1.

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustr. Hauptkatal. über
Fahrräder
u. Fahrradartikel u. Sie werd. sich überzeug., dass ich b. bester Qualität, unt. 1jähr. Garant., am billigst. bin. — Wiederverk. ges.
Deutsche Fahrrad-Industrie,
Richard Driessen,
Hannover, Brüderstr. 4.

Lotterie-Bank
Steindamm 43.
Loose zur ersten Klasse Hamburger Lotterie
Ganzes M. 6,— Halbes M. 3,—
Viertel „ 1,50 Achtel 75 ₰
Loose zur ersten Klasse Lübeker Lotterie
Halbes M. 4,— Viertel M. 2,—
Achtel M. 1,—
Postversand prompt u. verschwiegen, auch unter Nachnahme.
Ernst Todt,
Steindamm 43.
— Fernspr. 3637, Amt 3. —

Schon in einigen Tagen!
Beginn der neuen
Hamb. Stadt-Lotterie
118 000 Loose mit 59 180 in 7 Klassen vertheilten Gewinnen,
mithin gewinnen mehr als die Hälfte aller Loose.
Hauptgewinn evtl.
500 000 M.
Ziehung 1. Klasse am 14. Juni a. c.

1/1	1/2	1/4	1/8 Loos
M. 6,—	3,—	1,50	—,75

Bestellungen baldigst erbeten.
Prospekte gratis und franko.
Carl Heintze,
Hamburg, Alsterthor 21.

Schon am 14. Juni
Ziehung 1. Klasse
Hamb. Stadt-Lotterie.
Hierzu empfehle Loose in grosser Nummern-Auswahl:

1/8	1/4	1/2	1/1
M. —,75	1,50	3,—	6,—

Diejenigen meiner geehrt. Kunden, welche noch nicht im Besitze ihrer Freiloose zur 1. Klasse Hamburger Stadt-Lotterie sind, wollen diese umgehend bei mir in Empfang nehmen, da ich sonst anderweitig über die Loose verfügen muss.
Rob. Th. Schröder,
Altenwallbrücke 2-4,
Ecke Graskeller,
St. Pauli, Reeperbahn 145.
Telephon Amt I, 4500.

Die größte und billigste Auswahl in alten u. neuen Garnituren, sowie Fantasie- u. Kleiderschrk., Bettstellen 2c. findet man nur bei
J. Lewald, Elbstraße 88.

Herren-Garderoben,
gut erhalten und neu.
Größte Auswahl.
Billige Preise.
St. Pauli Leihhaus,
Heinestraße 11.

Strickmaschinen, Theilzahlung gestattet. Unterricht frei. **Leifermann,** Stadthausbrücke 19/21.

Bergfahrt in Tirol.
Am Heiligengeistfeld.
Grosses Militär-Konzert
von der Kapelle des Hannoverschen Jäger-Bataillons Nr. 10, Dir. R. Urban.
Anfang 4½ Uhr Nachm. **Eintritt zum Konzertpark 30 ₰, Kinder 15 ₰.**
Abonnements für den Konzertpark, Sommersaison 1900, **M. 6,—**
für eine Person. Zu haben im Büreau der Bergfahrt in Tirol.
Die Bergfahrt mit allen Sehenswürdigkeiten ist geöffnet von Vormittags 10 Uhr bis Abends 11 Uhr.

Blumen- und Pflanzengeschäft
von **Otto Seifert, Bauhof 2.**
Spezialität: **Trauerkränze.** Bedienung: Gut und reell.
NB. Teleph.-Bestellungen nimmt entgegen **C. Schmidt, Bauhof 3,** A. I, 2865.

Waarenhaus Hermann Tietz,
Grosser Burstah 12—14.

Kleiderstoff-Abtheilung.
Ein grosser Posten
Sommer-Wollstoff-Neuheiten
in nur prima Qualitäten.
Früherer Preis Mark **1,50** bis Mark **3,—.**
So lange der Vorrath reicht . . . . . per Meter **90 ₰**
Der Verkauf befindet sich in der 1. Etage.
Ausstellung der Artikel im Fenster.

Nur echt und wirksam in den verschlossenen Originalkartons mit Flasche à 30 ₰, 60 ₰ und M. 1,—, niemals ausgewogen.
Ueberall erhältlich. Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

In Hamburg bei:
Elfried Lübbers, Ecke Königstr. u. gr. Bleichen.
Bombelon & Schmidt Nchf., Neuerwall 61.
A. M. F. Grandjean, Hermannstr. 31.
C. C. Puhlmann & Sohn, Gr. Bäckerstr. 1.
Dr. Edelhoff & Co., Hamburger-Drogerie. Bleichenbrücke 7.
Paul Hedel, Speersort 4.
N. Sonntag, Hansa-Drogerie, Gerhofstr. 36.
Lüdeking & Waizenfeld, Hopfenmarkt 18/19.
Mumm & Frerichs, Hopfenmarkt 26.
Piening & v. Soden, Breitestr. 49/51.
Carl Schultz, Schweizer-Drogerie, Spitalerstr. 89.
Rohlfs & Majus, Niedernstr 129.
Emil Selbach, Niedernstr. 103.
Leonhardt & Kierulff, Kaiser Wilhelmstr. 38.
Mahnke & Vollmer, Hermannstr. 3.
Ferd. Schlüter, Meßberg 1.
Carl Woge, Steinstr.
H. Baas, Kl. Bäckerstr. 25.
R. Nagel, Gr. Neumarkt 48.
F. W. Kölschtzky, II. Jacobstr. 17.
Alfr. Zillich, Gr. Michaelisstr. 9.
Gust. Schoenebeck, Schaarmarkt 25.
Ernst Schilling, Herrengraben 20.
H. Emil Schubert Nachf., Hafen-Drogerie, Schaarsteinweg 4/5.

St. Pauli:
Charles Bulcke, Hammonia-Drogerie, Reeperbahn 74.
Durchschlag & Birkholz, Sophienstr. 40.
Habermann & Zielstorff, Kielerstr. 84.
Robert Kaufmann, I. Friedrichstr. 24.
Carl Stephani, Paulsplatz 3.
J. Koopmann, Thalstr. 83.
J. Eskelsen, Thalstr. 25.
Hermann Bielefeldt, Silbersackstr. 13.
Friedrich Priesz, Silbersackstr. 38.
Tofohr & Boyes, Bartelsstr. 74.
Herm. Blumenthal, Beim gr. Jäger 25.
C. H. Hey, Bartelsstr. 26.
H. F. Homann, Marktstr. 23.
Max Simon, Pinnasberg 50.

Eimsbüttel:
H. Lammers, Weidenallee 65.
J. Hamel & Co., Fruchtallee 68.
Ferd. Dawosky, Fruchtallee 47.
C. Schroeder, Osterstr. 93.
Heinr. Nehlsen, Margarethenstr., Ecke Lindenallee.
H. Perl, Lindenallee 62.
Fr. Skuldzus, Margarethenstr. 38 und Belle-Alliancestr. 20.
H. Peters, Eimsbütteler Chaussee 123.
Paul Ribbecke, Bismarckstr. 1 und Hoheluftchaussee 13.
Fr. Carl Müller, Lappenbergsallee 16.
S. Michelsen, Schulweg 16.
Wilh. Siems, Treskowstr. 1.
Durchschlag & Birkholz, Hoheluftchaussee 58.
A. v. d. Heyde, Gärtnerstr. 35.
C. Schroeder, Eppendorferweg 65.

Langenfelde:
Eugen Hecht, Eimsbütteler Str. 3.

Rotherbaum—Harvestehude:
Ed. Paul Fischer, Grindelallee 90.
C. Th. Nebelung Wwe., Grindelallee 120.
Julius Meister, Hallerplatz 2 und Klosterstern 5.
Herm. Grube, Grindelhof.
A. Schoenewolf, kl. Bornstr.
Carl Gättens, Grindelberg 26.
Aug. Töner, Rotherbaum-Chaussee 63.
Ludwig Hey, Mittelweg 31.

Eppendorf:
H. Bähge, Eppendorfer Landstr. 159.
W. Pickenpack, Ludolphstr. 41 a.
Carl Doescher, Landstr. 118/120 und Albertstr. 82.
Friedrich Hein, Löwenstr. 1.

St. Georg:
H. Contag, Steindamm 30.
Ad. Hubel, Steindamm 89.
C. D. Hermes & Co., Steindamm 102.
Gebr. Borgstedt, Lindenstr. 21.
Gust. Meyer, Danzigerstr. 38.
Theodor Höhling, Danzigerstr. 4.
C. Klevenhusen, Hansaplatz 7.
Carl Dreves, Langereihe 7.
Otto Freudenstein, Apotheke z. Ritter St. Georg, Langereihe 39.
Hugo Geerk, Langereihe 48.

Borgfelde:
J. Lublinski, A. d. Bürgerweide 51.
W. Stender, A. d. Bürgerweide 70.
Ludwig Hinrichsen, Hammerbeich 139.
Hans Evers, Ankelmannstr. 85.
Hans Evers, Borgfelderstr. 13.

Hohenfelde:
E. Schubert, Lübeckerstr. 49.
Carl Beranek, Iffländstr. 45.
Julius Höhling, Iffländstr. 56.
Dr. B. Mielck, Kuhmühle 2.

Uhlenhorst:
B. Hajek, Mundsburgerdamm 23.
Fr. Quantmeyer, Hofweg 75.
Albert Thiele, Papenhuderstr. 56.
Wilh. Grote, Goethestr. 48.
Gust. Harloff, Winterhuderweg 29.

Winterhude:
Hugo Vogel, Eppendorferstr. 44.
Wilh. Peper, Mühlenkamp 15.

Barmbeck:
Emil Foerster, Hamburgerstr. 22.
J. D. Chales, Hamburgerstr. 45.
C. L. Clausen, Hamburgerstr. 62.
B. Hajek, Hamburgerstr. 107.
Rich. Mauke, Dietrichstr. 21.
J. Gerdau, Bramfelderstr. 5.

Eilbeck:
J. Lublinsky, Conventstr. 2.
L. Rintel, Conventstr. 5.
Carl Duberow, Wandsbecker Chaussee 44.
Max Loeser, Wandsbecker Chaussee 160.
Julius Harder, Wandsbecker Chaussee 266.

Wandsbeck:
Fuchs & Möllendorf, Lübeckerstr. 21.
G. Mohr, Lübeckerstr. 53.
Emil Wegener, Hamburgerstr. 22.

Hamm—Horn:
Schröpfer & Thormählen, Hornerlandstr. 351 a.
Arthur Hoffmann, Mittelstr. 21.
Otto Möller, Hammerlandstr. 133.

Hammerbroock:
Hugo Klug, Spaldingstr. 13.
Ernst Lindener, Amsinckstr. 79.
R. Rosochacki, Süderstr. 9
Alban Schuh, Hammerbrookstr. 88.
Ed. Gottschalk, Banksstr. 40 a.
C. A. W. Harms, Banksstr. 103.

Rothenburgsort:
Gebr. Grote, Billh. Röhrendamm 54.
W. Schünemann Nachf., Billh. Röhrendamm 104 b.
Bruno Bionadé, Billh. Röhrendamm 186.
Gustav Wolkau, Billh. Röhrendamm.
K. Thon, Vierländerstr. 76 und Lindleystraße 72.

Veddel:
Georg Ottersbach, Niedernfelderstr. 20.

Altona:
P. & Th. Blohm, Königstr. 194.
Alfred Haan, Königstr. 115.
W. Plagge, Gr. Mühlenstr. 52 und Lohmühlenstraße 67.
L. Eschenburg, Holstenstr. 109.
W. Vorberg, Gr. Johannisstr. 45 a.
W. Kruse, Holstenstr 12.
Julius Bahr, Adlerstr. 37/39.
Carl Olbrich, Norderreihe 1.
Stremetzne & Meyer, Holstenstr. 135.
W. Mehlis, Gr. Bergstr. 130 c.
Reinhold Hahn, Breitestr. 93.
Bavaria-Drogerie, Hochstr. 15.
Gust. Scheidemantel, Gr. Bergstr. 204.
Carl Hahn, Schulterblatt 109.
B. A. Nebelung, Gr. Gärtnerstr. 21.
F. Wilkening, Langenfelderstr. 15 a.
Herm. Blumenthal, B. grünen Jäger 25.

Ottensen:
Otto Brinckmann & Co., Bahrenfelderstr.
Demuth & Kölln, Mannsteinstr. 1.
J. v. Dieck, Bahrenfelderstr. 2.
Fr. Cords, Bahrenfelderstr. 67.
R. Schirm, Gr. Rainstr. 18.
H. A. Arens, Hohenesch 29.

Bergedorf:
Rohlfs & Majus, Droguerie.

General-Vertreter für Hamburg, Altona und Umgegend:
Nicolaus Hoock, Kaiser Wilhelmstr. 64
Telephon Amt I, Nr. 6389.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion".
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Für unsere demnächst zu eröffnende Verkaufsstelle in **Schiffbek,** Hamburgerstr. 85, sind die **Tischler- und Malerarbeiten** zu vergeben. **Zeichnungen und Bedingungen** sind für hierauf reflektirende Mitglieder bis spätestens den **9. Juni** in unserem Kontor, **Hohe Bleichen 34,** einzusehen.
Der Vorstand.

Pfeiffer & Diller's Kaffee-Essenz ist ein erprobter und vorzüglicher Kaffee-Zusatz. Ueberzeuge sich Jedermann. (Original-Marke in Dosen.)

Mit Genehmigung E. H. Senats.
7. Thüringische Kirchenbau-
Geld-Lotterie.
Nur **80 000 Loose mit 8000 Gewinnen =**
150000 Mk.
ev. Hauptgew. **75 000, 50 000, 25 000 Mk.**
Ziehung am **6. Juli 1900.**
Ich empfehle baldigen Ankauf dieser so beliebten Loose, da bekanntlich kurz vor der Ziehung die Loose stets knapp sind.
Loose à 3,30 per Post, für Porto und Gewinn-Liste 30 ₰ extra, empfiehlt und versendet
Carl Heintze, Hamburg, Alsterthor 21.

Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich.
Jede Hausfrau mache einen Versuch mit
Edelstein-Seife,
die zufolge des hohen Fettgehalts von za. 80 pZt. in Bezug auf Waschkraft und Sparsamkeit das großartigste Erzeugniß der Seifenindustrie ist.
Edelstein-Seife nennt man mit Recht
die Haushalt-Seife der Zukunft.
Alleinige Fabrikanten:
Mühlenhein & Nagel, Zerbst i. Anh.

Fahrräder,
best. deutsch. Fabrikat, für Herren u. Damen.
Transport-Dreiräder
Zubehörn. Ersatztheile
Größtes Lager.
Billige Preise.
Reparat.; vernickeln, emailliren.
Hammonia-Fahrrad-Fabrik A. H. Ueltzen, Hamburg-Hohenfelde, Lübeckerstr. 112.

Fahrräder,
neu und gebrauchte, gut erhalten, besonders billig. St. Pauli, Heinestr. 11.

Eleg. Fantasieschrank M. 38, Kleiderschrank M. 18, starke 4schubl. Kommode M. 22. Wexstr. 32 I. l.

Allright-Fahrräder
der Allright-Fahrrad-Werke A.-G. Köln werd. nur allein mit den herausziehbar. Patentkugellägern geliefert.

Preise von M. 175 an.
Verkaufsstelle: Neuerwall 64/66, part. Daselbst großes Lager in allen Zubehör- und Bestandtheilen. Enorm billige Preise. Händler hohen Rabatt.
Pneumatic-Mäntel von M. 3,— an.
Luftschläuche mit Ventil „ „ 3,50 „
Laternen, Glocken 2c. in großer Auswahl.
Reparaturen, emailliren, vernickeln bill.

Ein fast neues Estey-Harmonium, 11 Register, 2 Knieschw., w. 700 M. neu gek., sehr bill. verk. Näh. bei Grossmann, Gänsemarkt 64, 2. Etg.

Zur Aufklärung!
Mein Gehülfe bezieht schon seit dem 1. Mai den höchsten Lohn laut Tarif und sind etwaige andere Gerüchte der Wahrheit nicht entsprechend.
Ludwig Arold, Barbier, Springeltwiete 36.

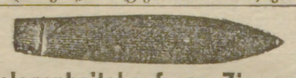
Erklärung.
Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß meine Bewilligung der Forderungen der Gehülfen durch widrige Umstände der Lohnkommission verspätet zu Händen gekommen ist. Die Bewilligung hat schon seit Ostern stattgefunden.
Herm. Trabert, Frisör, Humboldtstraße 31, Uhlenhorst.

Soeben erschien:
Der wahre Jacob
Nr. 362.
Preis 10 Pfennig.
Wiederverkäufern hoher Rabatt.
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.,
Gr. Theaterstraße 44.

60 Graupapageien, M. 10, z. Aussuch. G. Gutschmidt, Zeughausmarkt 21.

Gelegenheitskauf von za. 200 Dtz.
Holzpfeifen,
grade und gebogen mit Hornmundstück.
Sonst: Stück 30 ₰ bis 80 ₰,
Jetzt: „ 15 ₰ „ 40 ₰.
Für Händler Dtz. M. 1—M. 1,70.
Ad. Mehmel,
Dovenfleet 49,
2ter Zig.-Lad. zwisch. Meßberg u. der Gerkenstwiete.

Das Zigarrenlager von
Ludolf Timm,
— gegründet 1880 —
befindet sich seit 1882 bei der kleinen Michaelis kirche 15, nach der neuen Straßenbenennung: **Michaelisstrasse 26.**
Für Wiederverkäufer: Zigarren b. M. 18 an. Beliebte 5 ₰-Zigarren M. 30, M. 33 u. M. 36. Elegante Verkaufskasten pr. Stück M. 3,30 und M. 6 (bei größerem Zigarrenverbrauch gratis)


Gelegenheitskauf von Zigarren für Wiederverkäufer.
1000 Stück M. 18, 20, 22, 24, 26, 28, grade, spitze und schräge Façons, schöne Farben.
Ad. Mehmel, Dovenfleet 49.

Zigarren-Engros-Lager.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer; grade u. schräge Façons, auch lose Packung in jeder Preislage. Rauchmuster am Lager gratis.
Heinr. Krohn, Valentinskamp 99, Eingang im Thorweg.

C. Kohz, Zigarren-Geschäft, Hamburgerstr. 93.

Fleisch-Kochanstalt.
Nächster Verkauf am Donnerstag, d. 7. Juni u. Sonnabend, d. 9. Juni Vorm. 8 Uhr. **Die Verwaltung.**

Für Klubs und Vereine
Stocklat. m. Holzboden u. Licht 100 = M. 4. Kinderfahnen 100 = M. 2, mit Druck M. 3.
L. Tintelmann, Neuer Steinweg 62.

Hochzeitslieder, Toaste, Festspiele u. s. w.
Arnoldstr. 59, pt. r., Ottensen. Sprechz. b. 5 Uhr.

Max Gertz,
Müggenkampstr. 86, vis-à-vis dem „Lindenhof", Langenfelde. Restaurant, Garten und Doppelkegelbahn. Fernspr. Amt II, 683.

Ranneberg's Restaurant
Stadthausbrücke 31.
Mittagstisch v. 12—6 U. 60 ₰.
Reichhaltige Abendkarte.

Kurt Fröhlich,
Restauration u. Bierausschank.
Bürgerl. Mittagstisch. — Klubzimmer.
Fuhlentwiete 21, vis-à-vis Amelungstraße.
Fernsprecher Nr. 7661, Amt I.

Koppelmann's Salon.
Heute, Mittwoch: Gr. Extra-Ball

Altonaer Stadt-Theater.
Mittwoch, 6. Juni: Anfang 7½ Uhr: Gastspiel des Operetten-Ensembles vom „Carl Schultze-Theater". Unter Leitung des Dir. **Max Monti.**
Die Geisha.
Große Ausstattungsoperette in 3 Akten, von Sidney Jones.
Lieutenant Fairfax: Herr **Edmund Löwe.**
Donnerstag, 7. Juni: Anf. 7½ Uhr: Gastspiel des Herrn **Josef Josephy** vom k. k. priv. Theater a. d. Wien zu Wien.
Der Vogelhändler.
Adam: Herr **Josef Josephy** a. G.
Freitag: Die Fledermaus.
Sonnabend: Der Opernball.
Sonntag, Nachmittags, Anfang 3½ Uhr: Bei halben Preisen: **Der Vogelhändler.**
Adam: Herr **Löwe.**
Sonntag, Abends, Anfang 7½ Uhr: **Der Bettelstudent.**
Billet-Vorverkauf an der Tageskasse von 10—2 Uhr und bei Hrn. **Käse,** Alsterarkaden.

Theater.
Mittwoch, den 6. Juni:
Carl Schultze-Theater. Anf. 7½ Uhr: **Gastspiel der Tegernsee'r. Der Prozeßhans'l,** Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Donnerstag: **Der Prozeßhans'l.**
Freitag, Sonnabend und Sonntag: **Der Dorfbarbier.** Gr. Lacherfolg. **Jeden Abend: Auftreten der Schuhplattler-Tänzer u. National-Sänger.**
Theater Centralhalle. 2. Gastspiel des Berliner Residenz-Ensembles. Novität! Zum 2. Male: Novität! Die Dame von Maxim (La Dame de chez Maxim), Schwank in 3 Akten von G. Feydeau. Uebersetzt und bearbeitet von Benno Jacobsen. Anfang 7½ Uhr.
Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr. Vorletzte Aufführung. Zum 139. Male: **Citronen-Jette.** Citronen-Jette: **Wilhelm Seybold.**

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 128.

Mittwoch, den 6. Juni 1900.

Redaktion und Expedition: **Hamburg, Große Theaterstraße 44.** — Verantwortlicher Redaktör: **Gustav Wabersky** in **Hamburg.**

Dritte Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Former und Berufsgenossen.

Hamburg, 4. Juni 1900.

Die Generalversammlung wurde, nachdem die Liedertafel der Former von Hamburg, Altona und Ottensen ein Begrüßungslied exakt gesungen hatte, um 11¾ Uhr Vormittags in Tütges Etablissement durch Engelmann-Hamburg mit einer herzlichen Ansprache eröffnet. Seit 28 Jahren habe in Hamburgs Mauern kein Kongreß der Former getagt. Schwere Zeiten hätten die Former Deutschlands durchgemacht. Mögen die Beschlüsse des Zentralverbandes zum Segen der Former Deutschlands ausschlagen. Redner schloß seine Rede mit den Worten: „Glück auf zur Arbeit!" Nach einem abermaligen Gesangsvortrag vorgenannter Liedertafel ergriff der Verbandsvorsitzende Theodor Schwartz-Lübek das Wort, der einen geschichtlichen Ueberblick über die Formerbewegung Deutschlands gab, worauf zur Büreauwahl geschritten wurde. Zu Vorsitzenden wurden Eidneier-Köln und Bremer-Lübek, zu Schriftführern Heiner-Chemnitz und Claussen-Hamburg gewählt. Die Tagesordnung lautet:

1) Konstituirung der Generalversammlung und Wahl der Mandatsprüfungs- und Geschäftsordnungs-Kommission.
2) Wahl des Büreaus.
3) Bericht des Hauptvorstandes.
4) Bericht vom Ausschuß und von der Revisions- und Preß-Kommission.
5) Die Vereinbarungen mit dem Metallarbeiterverband.
6) Unsere fernere Taktik bei Streiks und Aussperrungen.
7) Agitation.
8) Statutenberathung und Anträge.
9) Neuwahlen.
10) Verschiedenes.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurde die Generalversammlung auf eine halbe Stunde vertagt, um den gewählten Kommissionen Zeit zur Arbeit zu gewähren.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erstattete die Mandatsprüfungskommission Bericht. Anwesend sind 60 Delegirte, deren Mandate für gültig anerkannt wurden. Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist Genosse Paeplow erschienen.

Als Gast ist der Vorsitzende des Dänischen Formerbundes, Genosse Suhr-Kopenhagen, anwesend, welcher die Grüße der dänischen Former übermittelt, die ein aufmerksames Auge auf die deutschen Kollegen gerichtet hätten. Er sei nach Deutschland gekommen, um die deutsche Formerbewegung kennen zu lernen. Nachdem Redner den deutschen Genossen den Dank für die thatkräftige Unterstützung der dänischen Arbeiter während der Zeit des Lockouts ausgesprochen, bemerkt er, daß die dänischen Former ihre deutschen Kollegen in ihren Kämpfen in gleichem Maße unterstützen würden. (Lebhafter Beifall.)

Schwartz erstattet sodann den Bericht des Hauptvorstandes, dem wir das Folgende entnehmen: Die Organisation hat seit 1895 erfreuliche Fortschritte gemacht; sie hat seit dieser Zeit einen Mitgliederzuwachs von 5559 zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1899 mindestens 10 500 betrug. Die Organisation hat in diesem Jahre einen abermaligen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Nach genauer Berechnung beträgt die Mitgliederzahl zur Zeit rund 11 000. Insgesammt sind in Deutschland 49 225 Former und Eisengießer und 15 851 Hülfsarbeiter thätig. Es sind mithin 16 pZt. der im Berufe beschäftigten Arbeiter im Zentralverband organisirt. Zieht man nur die Former in Betracht, so ergiebt sich, daß 20 pZt. sämmtlicher Former Deutschlands dem Verbande angehören. Im Berichtsjahre betrug die Zahl der Verwaltungsstellen 144, gegen 62 in 1895. Gleichen Schritt mit der Ausdehnung des Vereins hat dessen finanzielle Leistungsfähigkeit genommen. Für Agitation wurden 1899 M. 3065,21 verausgabt. Deutschland ist in eine Anzahl Agitations-Bezirke eingetheilt, welche von ad hoc eingesetzten Kommissionen planmäßig bearbeitet werden. Aus Berlin wird berichtet, daß dort die Agitation und Organisation durch verschiedene Umstände sehr erschwert werde. Einmal sei es die zweitheilige Organisation, welche überall hindernd in den Weg trete, dann sei es aber auch der kollossale Zuzug jüngerer auswärtiger Kollegen, welche beiden Faktoren immer wieder von Neuem zu Unzuträglichkeiten in den Gießereien selbst führten. Obgleich bereits über zwei Jahre seit dem großen Berliner Streik verflossen seien, hätten viele Kollegen es noch nicht verstanden, dasjenige zu verlangen, was die Fabrikanten damals selber als für sich rechtsverbindlich zugestanden hätten. Vor Annahme der Arbeit werde selten danach gefragt, wie viel es dafür gebe. Theils ähnlich, theils günstiger lauten die Berichte aus den anderen Agitationsbezirken. Hamburg berichtet: Das Erste, was die Kommission vor nunmehr zwei Jahren vornahm, war der Versuch, sich mit den Kollegen bei der früheren Firma Moltrecht bei Schiffbek in Verbindung zu setzen und sie zur Gründung einer Zahlstelle zu veranlassen. Der Versuch ist an dem Indifferentismus der Kollegen gescheitert. Es sind dann später verschiedene Kollegen der Zahlstelle Hamburg beigetreten. In Wilhelmsburg ist im vorigen Herbst eine Zahlstelle gegründet worden. In Uetersen ist es gelungen, die dort beschäftigten Former zu bewegen, sich der Zahlstelle Altona-Ottensen als Mitglieder anzuschließen. Trotzdem der Agitationsbezirk Hamburg kein großer ist, muß zugegeben werden, daß noch weit mehr hätte gethan werden müssen. Wenn dies nicht geschehen ist, so liegt das daran, daß die ganze Arbeit von einer einzigen Person gemacht werden muß, und deshalb nicht immer so ausgeführt werden kann, wie es wohl nothwendig wäre. — Einen breiten Raum in dem Bericht nimmt das Kapitel Streiks ein. Noch nie seit dem Bestehen des Vereins ist eine so lebhafte Streikbewegung zu verzeichnen gewesen, wie in dem Berichtsjahre. In 53 Orten waren Differenzen zwischen den Eisengießereiarbeitern und den Unternehmern ausgebrochen. Wie immer, waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Ursache zur Niederlegung der Arbeit oder Verhängung der Sperre. In 30 Orten wurden die entstandenen Differenzen nach kurzen Verhandlungen beigelegt, ohne daß die Hauptkasse in Anspruch genommen zu werden brauchte. In 28 Streikorten war der Erfolg nicht immer befriedigend. Resultatlos verliefen die Streiks in Essen an der Ruhr, Kiel, Frankfurt a. M., Leipzig, München-Gladbach, Zeulenroda, Kotitz bei Dresden und Aachen. Die Zahl der Ausständigen betrug insgesammt 1321, die Gesammtdauer der Streiks 229 Wochen. Die Ausstände haben im Berichtsjahre eine Summe von M. 124 959,16 erfordert, wovon die Hauptkasse M. 89 601,47 leistete. Der Reservefonds stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf M. 86 182,92. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden M. 11 627,16 verausgabt. Die Gesammtauflage des Vereinsorgans „Glück auf!" ist entsprechend der Zunahme der Mitgliederzahl gestiegen, und zwar um 44,9 pZt. Das Organ bedurfte eines Zuschusses von M. 11 932,22. In der Gesammtabrechnung des Zentralvereins pro 1899 sind auf der Einnahme- und Ausgabeseite M. 157 761,42 aufgeführt. Das Bankkonto beträgt M. 11 139,60. Der Referent erläutert eingehend diesen Bericht und macht den Vorschlag, einen Reservefonds in Höhe von M. 100 000 anzulegen. Als nachahmenswerthes Beispiel führt er die Bergedorfer Kollegen an, die zum Reservefonds einen Beitrag von M. 24 pro Kopf im Berichtsjahre geleistet hätten. Am Schlusse seiner Ausführungen ersuchte er die Zahlstellen, pünktlich abzurechnen. Den säumigen Zahlstellen müßte die Berechtigung auf Empfang von Streikunterstützung aberkannt werden. Redner ersuchte die Delegirten, für die Interessen des Zentralvereins energisch einzutreten. (Beifall.)

Nachdem noch einige Begrüßungstelegramme verlesen worden waren, wurde die Versammlung auf Dienstag Morgen vertagt.

Hamburg, 5. Juni 1900.

Zweiter Verhandlungstag.

Um 8 Uhr Morgens wurde die Sitzung eröffnet. Der Bericht des Hauptvorstandes wird zur Diskussion gestellt. Glinz-Leipzig warnt vor der hier und da eingerissenen optimistischen Anschauung, daß man völlig mit dem Stand der Organisation zufrieden sein könne. Er müsse zugeben, daß die Organisation große Fortschritte gemacht habe, jedoch müsse man immer mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Rückschlag erfolgen könne. Redner bespricht kurz die Leipziger Verhältnisse und erklärt sich im Allgemeinen mit dem Bericht des Hauptvorstandes einverstanden, am Schluß seiner Ausführungen die Delegirten auffordernd, ihre volle Schuldigkeit zu thun. An der weiteren Diskussion betheiligen sich Müller-Berlin, Sellrich-Leipzig, Kluge-Düsseldorf und Altmoß-Kaiserslautern, die ebenfalls im Großen und Ganzen mit dem Geschäftsbericht einverstanden sind. In seinem Schlußwort klärt Schwartz einige Mißverständnisse auf und bemerkt, daß er die Sachlage durchaus nicht optimistisch geschildert habe; er rechne stets mit den realen Faktoren. Bei der Agitation müsse das größte Gewicht auf das sogenannte Buden-Vertrauensmänner-System gelegt werden, durch welches Großes zu erreichen sei. Hiermit ist dieser Punkt erledigt.

Claußen-Hamburg erstattet hierauf den Ausschußbericht. Gegen den Hauptvorstand sei keine Beschwerde eingelaufen, ebenso hätten die Ausschußmitglieder nichts gegen die Thätigkeit des Vorstandes einzuwenden. Hauptvorstand und Ausschuß hätten mehrere gemeinschaftliche Sitzungen abgehalten, in denen eine große Anzahl Gegenstände erledigt worden sei.

Den Bericht der Revisions-Kommission erstattet Dietrich-Braunschweig, welcher beantragt, dem Vorstand Decharge zu ertheilen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf gelangt Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Vereinbarung mit dem Metallarbeiterverband", zur Verhandlung. Zum besseren Verständniß für unsere Leser lassen wir kurz die Vorgeschichte dieser Angelegenheit folgen. Der Ostern 1899 in Gotha stattgefundene Formertag nahm folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die Former und Berufsgenossen Deutschlands in zwei Organisationen getrennt sind, was zur Folge hat, daß ihnen der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber dem Kapital bedeutend erschwert wird, beschließt der Formertag, eine Kommission zu wählen, welche gleichmäßig von beiden Organisationen zusammengesetzt ist, und die mit den Vorständen beider Organisationen in Verbindung zu treten hat, um die geeignete Form zu finden, unter der sich beide Theile zusammenschließen können."

Die auf dem Gothaer Formertage gewählte Sechserkommission, der es bekanntlich zur Aufgabe gemacht worden ist, einen Vorschlag auszuarbeiten, auf dessen Grundlage eine Verschmelzung der im Z.-V. d. d. F. und im D. M.-A.-V. organisirten Former und Gießereiarbeiter möglich wäre, hat sich in ihrer letzten Sitzung am 28. Dezember 1899 in Hamburg auf nachstehenden Vorschlag geeinigt:

1) Unter der Voraussetzung einheitlicher Beitragsleistungen wird von den Mitgliedern des D. M.-A.-V. sowie des Z.-V. d. d. F. u. s. w., von den Ersteren natürlich nur insoweit, als sie in Eisen- und Metallgießereien beschäftigt sind, eine Reichssektion der Former und Gießereiarbeiter Deutschlands gebildet. Die Sektionsmitglieder sind Mitglieder des D. M.-A.-V.
2) An der Spitze dieser Reichssektion steht ein von den Sektionsmitgliedern zu bestimmender Sektionsvorstand; derselbe ergänzt den Hauptvorstand des D. M.-A.-V.
3) Die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, sowie die unter § 2c im Statut des D. M.-A.-V. angeführten Unterstützungen, mit Ausnahme des Rechtsschutzes, werden durch den Hauptvorstand geregelt.

4a) Zur Deckung der für diese Unterstützungen erforderlichen Mittel wird ein entsprechender Prozentsatz von den obligatorischen Beiträgen von der Reichssektion an die Hauptkasse des D. M.-A.-V. abgeführt.

4b) Weitere Ausführungsbestimmungen bleiben den zusammenzuführenden Vorständen unter Hinzuziehung der Sechserkommission vorbehalten.

5) Ueber alle Angriffsstreiks, soweit dieselben von den Sektionsmitgliedern geplant werden, entscheidet der Hauptvorstand in seiner Gesammtheit.
6) Dagegen unterliegen Abwehrstreiks, Gewährung von Rechtsschutz 2c. lediglich der Kompetenz des Sektionsvorstandes; desgleichen die Agitation, jedoch mit der Verständigung des gesammten Hauptvorstandes.
7) Der „Glückauf" wird Publikationsorgan der Reichssektion und erscheint als Beiblatt zur „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung".

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes gab unter Vorbehalt einiger Differenzpunkte eine zustimmende Erklärung ab, während der Vorstand der Formerorganisation es ablehnte, auf Grundlage vorstehender Bestimmungen an den mündlichen Verhandlungen theilzunehmen. Die Kommission trat hierauf, um die Sache nicht scheitern zu lassen, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes in Verhandlungen ein, die zu dem untenstehenden Vereinbarungsentwurf geführt haben.

Als erster Redner ergreift Münzner-Lübek das Wort, der zunächst die Vorgeschichte der Einigungsbestrebungen schilderte, welche vielfach auf Widerstand gestoßen seien. Redner wendet sich gegen eine völlige Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband, was zur Folge haben würde, daß sich nur ein Theil der Former diesem Verband anschließen würde. Ein anderer Theil würde sich vielleicht wieder in lokalen Verbänden zusammenfinden, was ebenfalls nicht von Vortheil sein würde. Der Referent empfahl die Annahme des Vereinbarungsentwurfs:

„Zwischen dem Vorstande des Zentralvereins der Deutschen Former und dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird zur Erzielung einer größeren Aktionsfähigkeit beider Verbände Folgendes vereinbart:

1) Streiks, Lohnbewegungen 2c. Die Anerkennung von Lohnbewegungen, Aussperrungen und Streiks, sowie die Verhängung der Sperre erfolgt, sofern Mitglieder beider Verbände in Frage kommen, durch vor der Arbeitsniederlegung zwischen beiden Vorständen herbeizuführende Verständigung, eventuell auf Grund einer von Vertretern beider Verbände stattgefundenen Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse. Vor der Entscheidung der beiderseitigen Vorstände darf unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden. Die Unterstützung ihrer an Ausständen betheiligten Mitglieder regelt jede Organisation selbst nach ihren Statuten, dagegen unterliegt die Durchführung und Beendigung von Ausständen der Verständigung und Beschlußfassung beider Vorstände.
2) Bezüglich aus der Organisation Ausgeschlossener. Zwischen beiden Organisationen findet von Zeit zu Zeit ein Austausch der Listen der wegen Schädigung von Verbandsinteressen ausgeschlossener Mitglieder statt und darf kein Verband einen von dem anderen Verband aus obigen Gründen Ausgeschlossenen aufnehmen.
3) Bezüglich Uebertritts. Der Uebertritt von einer Organisation zur anderen steht den Mitgliedern beider Organisationen, sowohl einzeln wie als Verwaltungsstellen (Zahlstellen), frei, ebenso soll jeder Organisation die Aufnahme übertretender Mitglieder, einzeln und als Zahlstelle, im Allgemeinen freigestellt bleiben. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf Mitglieder und Verwaltungsstellen, die wegen momentaner Mißstimmung gegen ihre Verbandsleitung oder deren Vertreter übertreten wollen, bleibt dem Taktgefühl jedes Vorstandes überlassen.
4) Bezüglich Extrabeiträge und Sammellisten. Die Regelung des Sammellistenwesens bezw. der Erhebung von Extrabeiträgen hat in den einzelnen Verwaltungsbezirken beider Organisationen durch Verständigung beider Verwaltungen in der Weise zu erfolgen, daß jeder moralische Zwang seitens der Mitglieder des einen Verbandes auf die Mitglieder des anderen Verbandes zur Zeichnung auf Listen der ersteren, oder zur Leistung von Extrabeiträgen an erstere und umgekehrt vermieden wird.
5) Bezüglich Presse und Agitation. Die vertretenen Vorstände verpflichten sich, künftighin in Wort und Schrift Alles zu vermeiden, was geeignet ist, gegenseitig Animosität, Mißstimmung und Mißtrauen hervorzurufen oder zu schüren."

Poller-Kiel geht ebenfalls auf die Vorgeschichte der Einigungsbestrebungen ein, seinen vom Referenten in verschiedenen Punkten abweichenden Standpunkt darlegend. Redner erörterte sodann den von der zu diesem Zweck eingesetzten Kommission ausgearbeiteten ersten Vertragsentwurf. Die Gründe, von denen sich der Letztere habe leiten lassen, könne er nicht anerkennen. So lange die Former in zwei Organisationen gespalten seien, so lange sei an eine einheitliche Aktion nicht zu denken. Nach der in Leipzig aufgestellten Resolution (vorstehender Vereinbarungsentwurf) würde es den Mitgliedern, die nur niedrige Beiträge zahlen wollen, jederzeit freistehen, der anderen Organisation beizutreten. Die Kräfte müßten zusammengefaßt und nicht gespalten werden. (Beifall.)

Grenz-Leipzig weist ebenso, wie der Vorredner, den der Kommission gemachten Vorwurf, sie hätte einen bedingungslosen Uebertritt der Former in die Metallarbeiter-Organisation erstrebt, entschieden zurück. Das Organ „Glückauf!" dürfe unter keinen Umständen eingehen, dagegen würde er sich mit aller Entschiedenheit wenden. Nachdem die Former-Organisation so an Kraft und Stärke gewonnen habe, könne man ganz anders auftreten, als vor einigen Jahren. Das Bestreben der Organisation müsse vor allen Dingen darauf gerichtet sein, die Former unter einen Hut zu bringen. Als in Leipzig der Formerstreik zum Ausbruch kam, sei es so recht in die Erscheinung getreten, wie nothwendig eine Einigung der Former sei. Ein Theil der Former sei im Metallarbeiterverband organisirt gewesen, für diesen Theil sei zum Eintritt in den Streik die Zustimmung des Zentralvorstandes desselben nothwendig gewesen. Wie viele Schwierigkeiten seien da zu überwinden gewesen. Redner vertritt die Meinung, daß die Kollegen der Zweitheiligkeit der Organisation überdrüssig seien. Was die Vorstände wollen, sei neu, es bedürfe der eingehendsten Berathung. Man könne die Sache nicht so mir nichts dir nichts annehmen, sondern man müsse erst wissen, wie die Stimmung der Mitglieder sei. Redner unterbreitet der Generalversammlung eine seine Ansichten zusammenfassende Resolution, welche u. A. verlangt, daß ein Former-Kongreß, der von den Formern beider Organisationen zu beschicken sei, über die fernere Ausgestaltung der Organisation entscheiden solle. (Beifall.)

Schwartz: Es handle sich nur um die beiden Fragen: Bleibt die jetzige Organisation bestehen? oder: Treten wir in den Metallarbeiterverband über? Der Zentralverein der Former müsse unter allen Umständen bestehen bleiben, das sei seine unumstößliche Meinung. Die Entscheidung müsse hier gefällt werden.

Plath-Berlin tritt für den festen Zusammenschluß ein. Die Konzentration des Kapitals schreite mit Riesenschritten vorwärts, daher müßten sich auch die Arbeiter enger zusammenschließen.

Jensen-Flensburg spricht gegen den im ersten Entwurf enthaltenen Passus, betreffend die Bildung einer Reichssektion der Former, welche sich dem Metallarbeiterverband anzuschließen hat.

Um 1 Uhr Mittags wurde die Sitzung auf Mittwoch Morgen vertagt. Heute Nachmittag machten die Delegirten mit dem Dampfer „Hammonia" eine Rundfahrt durch die Hamburger Hafenanlagen, an welche sich eine Ausfahrt nach Blankenese anschloß.

Zweite Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands.

Dresden, 4. Juni.

Die Generalversammlung findet im Saale des Gewerkschaftshauses statt. Anwesend sind 9 Delegirte, die 10 Mitgliedschaften vertreten, außerdem vom Vorstand Segnitz und Kohn und der Redaktör des „Handlungsgehülfen-Blatt", Kaliski. Von Prag ist Tuscza erschienen. Die Mitgliedschaft München ist nicht vertreten.

Die Generalversammlung wird von Löhrig-Dresden eröffnet, der die Delegirten herzlich begrüßt und der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die Generalversammlung, die zum ersten Male die deutschen klassenbewußten Handlungsgehülfen einig sehe, für den Verband erfolgreich sein möge. Zur Leitung der Generalversammlung wurden gewählt: Segnitz, Kohn und Josephsohn. Segnitz verliest Begrüßungstelegramme resp. -Schreiben aus Prag, Teplitz und Krefeld.

Aus dem Geschäftsbericht, den Segnitz erstattet, geht hervor, daß der Verband am 1. April 1898 337 Mitglieder zählte, während der Mitgliederbestand am 1. April 1900 685 beträgt. Die Einnahmen betrugen in der Zeit vom 1. April 1888 bis Ende Dezember 1899 M. 8985,73, die Ausgaben M. 6979,97. Das Verbandsorgan kostete in diesem Zeitraum M. 4493,20, von denen jedoch M. 1357,23 durch Inserate und Abonnements wieder eingebracht wurden. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf M. 1281,65, an Unterstützung bei Streiks 2c. wurden M. 693,75 ausgegeben. Die Generalkommission erhielt an Beiträgen M. 96. Der Vorsitzende, Segnitz, bedauert, daß die Agitation nicht so intensiv betrieben werden konnte, wie der Vorstand es gewünscht hätte. Es wurden 15 000 Exemplare des Verbandsprogramms verbreitet, außerdem noch mehrere Nummern des Verbandsorgans in einer größeren Anzahl in Exemplaren. In Berlin gelang es, mehr als 50 Angestellte der Singer Nähmaschinengesellschaft zum Eintritt in den Verband zu bewegen. Diese traten später mit Unterstützung des Verbandes in eine Lohnbewegung ein, die einen theilweisen Erfolg hatte. Zur Gewerbeordnungsnovelle wurde gegenüber dem Regierungsentwurf, der die Besserung der Zustände im Handelsgewerbe nur mangelhaft berücksichtigte, ein eigener Entwurf ausgearbeitet, der zur Versendung an die Reichstagsabgeordneten und den Bundesrath gelangte. In Frankfurt a. M. hatte die Mitgliedschaft sehr energisch die Agitation für Einführung der vollständigen Sonntagsruhe betrieben und auch einen großen Erfolg errungen. Der Vorsitzende Segnitz rügt dann noch, daß die Mitgliedschaft Leipzig der Aufforderung des Vorstandes, in Folge der Buchdruckerangelegenheit die Delegirten vom Gewerkschaftskartell zurückzuziehen, nicht nachkam. Der Vorstand hat sich auch mit der Frage beschäftigt, einen besoldeten Redaktör und Verbandssekretär anzustellen. Das Projekt fand aber bei den Mitgliedschaften vorläufig keine Gegenliebe und wurde deshalb fallen gelassen. Rechtsschutz gewährte der Verband in sechs Fällen, an zwei Mitglieder wurde Stellenlosenunterstützung gezahlt.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht beklagt sich Behr-Stuttgart, daß vom Vorstand keine Agitationsreisen veranstaltet wurden. Sauer-Leipzig betont, daß die Leipziger Mitgliedschaft die Delegirten zum Gewerkschaftskartell nicht zurückgezogen habe, da sie mit der Haltung des Gewerkschaftskartells einverstanden sei. Josephsohn-Hamburg will keine Buchdruckerdebatte einleiten, will jedoch feststellen, daß das Leipziger Gewerkschaftskartell den Kernpunkt der Frage umgehe; in Wirklichkeit handle es sich um die Tarifgemeinschaft. Wolff-Frankfurt a. M. theilt den Standpunkt des Vorstandes in der Buchdruckerfrage, ebenso Berger-Chemnitz. Wolff betont noch, daß die Erfolge der Frankfurter Mitglieder in der Frage der Sonntagsruhe wesentlich dem Umstande zu verdanken sind, daß es gelungen ist, ein Zusammengehen sämmtlicher Handlungsgehülfen-Organisationen zu Stande zu bringen. Auch vom finanziellen Standpunkt sei ein derartiges Zusammengehen sehr vortheilhaft. Maaß betont im Gegensatz zu einer Ausführung des Vorstandsmitgliedes Kohn, daß ihm die Bekämpfung des antisemitischen Handlungsgehülfen-Verbandes, wie sie von den Leipzigern betrieben werde, sehr sympathisch sei; er müsse den Leipzigern das Zeugniß ausstellen, daß sie ihre Agitation sehr geschickt eingeleitet haben. Maaß beklagt sich auch über das mangelnde Entgegenkommen seitens der Gewerkschaftskartelle. Friedländer-Berlin erklärt, daß die Berliner Mitgliedschaft mit dem Vorstande einer Meinung war darin, daß die Agitation gegen die Waarenhaussteuer nicht in erster Linie Sache der Angestellten, sondern Sache der Waarenhausbesitzer sei. Als diese dann eine solche Agitation begannen, habe der Verband sich selbstverständlich daran betheiligt. Die Deputation der Waarenhausangestellten habe dem Finanzminister in einer Audienz in Aussicht gestellt, daß die Waarenhausangestellten zum Zentralverbande der Handlungsgehülfen, der im Geruche sozialdemokratischer Gesinnung stehe, abschwenken werde. Nachdem nunmehr die Steuer angenommen worden sei, werde der Verband an die Angestellten in den Waarenhäusern herantreten und sie zwingen, zu bekennen, ob es ihnen mit der Drohung Ernst gewesen sei. Kaliski-Berlin beklagt sich über die geringe Unterstützung durch Berichte an das Verbandsorgan, besonders seitens der süddeutschen Verbandsmitglieder. Bei dem Bestreben, die Sonntagsarbeit zu beseitigen, finde der Verband bei der Polizei keine sonderlich freundliches Entgegenkommen, wie Kaliski an einzelnen Beispielen aus Berlin illustrirt. Der Verband werde aber sich nicht abhalten lassen, die Uebertretungen der Sonntagsruhe zur Anzeige zu bringen, und wenn man ihm deshalb den Namen Denunziantenverein beilege, werde er ihn mit Stolz akzeptiren. Josephsohn-Hamburg hat sich ebenfalls an die Polizei wegen Uebertretung der Sonntagsruhe gewandt, jedoch die Antwort erhalten, daß die Polizei nach der Gewerbeordnung keine Verpflichtung habe, derartige Uebertretungen festzustellen, sondern nur dann, wenn die Anzeige mit Beweisen erstattet werde, zur Bestrafung zu schreiten.

Zwei Anträge auf Veranstaltung einer Agitationstour im Rheinlande, Herausgabe von Agitationsnummern werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Dem Kassirer wird darauf Decharge ertheilt.

Der Antrag der Hamburger Mitgliedschaft, einen Beamten für Redaktion und Verwaltung in Hamburg anzustellen, wird von Josephsohn begründet. Dieser weist darauf hin, daß in Folge der Trennung der Verwaltung und Redaktion ein ersprießliches Arbeiten für den Verband nicht möglich sei. Es sei nothwendig, das jetzt in Berlin erscheinende Verbandsorgan nach Hamburg zu verlegen. Dazu stellt Behr-Stuttgart den Antrag, die Frage vorläufig zu vertagen und dem Vorstand aufzugeben, zu geeigneter Zeit durch Urabstimmung eine Entscheidung herbeizuführen. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Als Diäten für die Delegirten zur Generalversammlung werden M. 8 für den Sitzungstag und M. 4 für die Tage der Fahrt festgesetzt; die Kosten für die Delegation sollen durch Sammellisten aufgebracht werden.

Ein Antrag Dresden, den Beitrag der weiblichen Mitglieder auf 50 ₰ pro Monat herabzusetzen, wird abgelehnt.

Ueber den Arbeiterschutz und Unfallversicherung im Handelsgewerbe referirt darauf Reichstagsabgeordneter Rosenow. Die Quintessenz seiner Ausführungen sind die Forderungen der folgenden Resolution:

Die kapitalistische Entwicklung zum Großbetriebe, die auch in allen Zweigen des Handelsgewerbes dieselben Resultate gezeitigt hat oder zu zeitigen beginnt, die sie in den übrigen Gewerben hervorrief, macht in steigendem Maße einen ausgedehnten gesetzlichen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen zur unbedingten Nothwendigkeit. Dieser Arbeiterschutz hat sich zu bewegen im Rahmen einer ausreichenden Arbeitszeitverkürzung unter vollständigem Verbot der Sonntagsarbeit, der Errichtung einer Aufsichtsbehörde zur Ueberwachung der in § 62 des Handelsgesetzbuches festgesetzten Bestimmungen im Anschluß an die Gewerbeinspektion unter Zuziehung von Gehülfenvertretern und -Vertreterinnen und Unterstellung aller im Handelsgewerbe beschäftigten Personen unter die reichsgesetzliche Unfallversicherung bis zur Gehaltshöhe von 3000 Mark.

Ferner erwartet die Generalversammlung bei der in Aussicht stehenden Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes eine zweckensprechende Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Gehülfen und Gehülfinnen bis zu einer Gehaltshöhe von M. 3000.

Wenn Jemand eine Reise thut.

Einige Winke für Reisende nach Paris.

Als ich vor Kurzem aus besonderem Anlaß mit unserem allen Freunde Liebknecht zusammentraf, erzählte er mir, daß er bereits vielfach Anfragen von Parteigenossen und deren Angehörigen empfangen habe, die Willens waren, nach Paris zu reisen. Da ich von mir dieselbe Erfahrung zu berichten hatte, schlug mir Liebknecht vor, allen reiselüsternen Lesern unseres Blattes aus meiner Kenntniß der Verhältnisse heraus mit einigen praktischen Winken an die Hand zu gehen — was hiermit geschehen soll. — Mit dem Reisen in Ländern, deren Sprache man gar nicht versteht, ist es natürlich ein eigenes Ding: gewiß sind die Reisenden heute Dank der Organisation des internationalen Verkehrs vor schweren Nachtheilen im Allgemeinen geschützt, aber ohne allerhand kleine Unbequemlichkeiten geht es ja doch natürlich nicht ab. Es wäre natürlich lächerlich, sollte man Leute, die mit Ach und Krach einmal die Mittel zu einem kurzen Ausflug nach Paris zusammengescharrt haben, auf ein vorausgehendes Studium der französischen Sprache verweisen; immerhin sollte aber doch Jeder, dem es irgend möglich ist, sich eine leidliche Sicherheit im Gebrauche der überall zu habenden kleinen Sprachführer aneignen. Ist auch das nicht möglich, dann heißt es eben forsch auf alle Schwierigkeiten losgehen und sich so gut verständlich zu machen, wie es eben geht. Wo die Noth am größten, da ist ja bekanntlich immer die Hülfe am nächsten. Aber gleich hier die Regel: gegen hülfsbereite Landsleute sei zwar nicht unhöflich abweisend, aber sehr zugeknöpft, besonders was den Geldbeutel anbetrifft! Sechs Dutzend Sicherheitsnadeln sollte Jeder mitnehmen, der eine größere Reise antritt: mit einigen verschließe er sorgfältig seine Taschen, mit anderen nicht minder sorgfältig seinen Mund; nur Augen und Ohren muß man in fremden Ländern gehörig weit aufsperren.

Trotz der großen Hülfsmittel, über die Paris verfügt, um den Pflichten der Gastfreundschaft gegen seine vielen Besucher gerecht zu werden, wird doch bei dem ungeheueren Zusammenfluß der Fremden das Leben in dieser Stadt während des Sommers ein schwer zu lösendes Problem sein; man weiß noch nicht, wie eigentlich den ungeheuer gesteigerten Ansprüchen an die Transportmittel, die Wohnungen, die Nahrungsmittel und auch die Vergnügungen Rechnung getragen werden soll. Der Erfolg der bisherigen Pariser Weltausstellungen hängt nicht zum Wenigsten von dem Umstande ab, daß auch Leute mit schmalem Geldbeutel die Reise und den Besuch wagen durften, weil sie sicher waren, in der Riesenstadt ihren Mitteln entsprechende Unterkunft und Nahrung zu finden. Das dürfte auch jetzt noch der Fall sein: Paris ist keine Räuberhöle, und man kann da bei mäßigen Ansprüchen verhältnißmäßig wohlfeil leben; theuer sind eigentlich nur die Zimmer, und da kann man auch gar keinen Rath geben, weil sie mit wachsender Nachfrage sehr stark im Preise steigen. Das anscheinend so einfache und einleuchtende Mittel, möglichst weit von der Ausstellung entfernt Wohnung zu nehmen, hat auch wieder seinen Haken, denn einmal sind auch in den entfernteren Quartieren die Zimmerpreise durch die in der Nähe der Ausstellung ausgemietheten Pariser theuer gemacht gemacht worden, und zweitens muß man bei weiten Entfernungen wieder gar zu viel Geld für Transportmittel ausgeben — und verliert seine Zeit noch überdies. Zeit aber ist das Kostbarste, worüber man überhaupt in Paris verfügen kann. Die in's Unendliche wachsenden Reisen von einem Punkte der Stadt zum anderen nehmen dem Besucher täglich viele Stunden weg und ermüden ihn außerordentlich; deshalb soll man stets mit Hülfe eines Plans eine genaue Tageseintheilung machen, um unnöthige Wege zu sparen. Ueber die Verkehrsmittel, die eine Schande für Paris sind, will ich mich hier nicht lange aufregen — das besorgt schon Jeder, der hierher kommt, auf eigene Faust gründlich. Da man aber nun 'mal nicht ohne Omnibus und Pferdebahn fertig werden kann, so suche man sich auf dem Stadtplan die richtigen Linien immer sorgfältig heraus, oder erkundige sich und vergesse nicht, daß man sich in den Büreaus der Omnibusgesellschaft, die sich bei jeder Haltestelle vorfinden, eine Platzkarte holen muß: erst wenn die betreffende Nummer aufgerufen wird, hat man das Recht, den Wagen zu besteigen. Unten im Wagen oder auf den Perrons kostet die Fahrt durchgehends 30 Centimes, also drei große Kupferstücke, oben auf dem Verdeck 15 Centimes, also drei kleine Kupferstücke (Sous). Umsteigebillets sind oben und unten für 30 Centimes zu haben. Droschken kosten (2 Personen) pro Tour am Tage 1,50 Franks, Nachts (von 12½ bis 6 Uhr 2,25 Franks, pro Stunde beträgt der Preis 2 Franks bezw. 2,50 Franks. Man giebt den geplagten Kutschern in der Regel ein Trinkgeld von 25 Centimes. Zweckmäßig giebt man zur Vermeidung von Irrthümern den Kutschern die Adressen immer schriftlich.

Was nun die Nahrung anlangt, so finden Reisende mit bescheidenen Ansprüchen überall in Paris, auch während der Ausstellungszeit volksthümliche Restaurants (Etablissements de bouillon und Marchands de vin traiteurs), in denen man für 1 Franks bis 1,25 ganz gut essen kann. Die Franzosen pflegen im Allgemeinen nur zwei Mal am Tage zu speisen, zwischen 11 und 1 Uhr Mittags nehmen sie das sogenannte Dejeuner ein und zwischen 6 und 8 Uhr Abends das Diner. Diesem Gebrauch paßt sich der Fremde am besten an, denn sonst bekommt er thatsächlich für mehr Geld Schlechteres. Man gehe also in solche Wirthschaften, in denen der Preis der Mahlzeiten nebst Wein fest angegeben ist; dort ist man keinerlei Ueberraschungen ausgesetzt und fährt meist gut dabei. Mit dem leidigen Trinkgeldunwesen muß man natürlich auch in Frankreich rechnen: man mag darüber denken, wie man will, jedenfalls steht das fest, daß die aufwartenden Proletarier darauf angewiesen sind; in der Regel giebt man bei Beträgen unter einem Franken 10 Centimes und bei höheren Beträgen 20 Centimes.

Nun zur Ausstellung. Eintrittskarten muß man sich vor den Eingängen bei fliegenden Händlern kaufen; sie lau

Die Generalversammlung erblickt in den Bestimmungen des Artikels 8 der revidirten Gewerbeordnung keine wesentliche Verbesserung der Lage der Gehülfen und Gehülfinnen und bedauert vor Allem die Beschränkung der Bestimmungen auf die offenen Verkaufsstellen. Die Ausdehnung derselben auf das gesammte Handelsgeschäft ist die erste Forderung eines wirksamen Arbeitsschutzes der Hunderttausenden der Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe.

Die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes soll im Sinne folgender, von der Berliner Mitgliedschaft ausgearbeiteten Bestimmungen erfolen:

§ 1. Wegfall des Absatz 4.

§ 2b. Grenze des die Versicherungspflicht bedingenden Lohnes oder Gehalts M. 10 pro Tag, resp. M. 3000 pro Jahr.

Streichung des § 3a und 3b.

§ 6. Ausdehnung der Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen als gesetzliche Mindestleistung.

§ 20 Abs. 2. Die Feststellung des durchschnittlichen Tagelohnes einer Klasse kann auch u. s. w. Der durchschnittliche Tagelohn einer Klasse darf in diesem Falle nicht über den Betrag von sechs Mark festgestellt werden.

§ 20 Abs. 3. Die Frist für die Gewährung von Sterbegeldern vom Ablauf der Unterstützungszeit bis zum Tode ist auf zwei Jahre auszudehnen.

§ 26a Abs. 2, Ziffer 2. Antrag auf Streichung der gesetzlichen Bestimmung, daß bei Geschlechtskrankheiten die Gewährung einer Baarunterstützung ausgeschlossen worden kann.

§ 54a. Hinter Dauer der Krankenunterstützung „oder während des Bezuges der Wöchnerinnenunterstützung pp. Beiträge nicht entrichtet."

§ 60 Abs. 1. Betriebskrankenkassen können nur mit durch geheime Abstimmung erfolgte Zustimmung von mindestens zwei Drittel der in Frage kommenden Versicherten errichtet werden.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Abgeordneter Rosenow wird beauftragt, das Thema seines Vortrages im Verbandsorgan zu behandeln.

Josephsohn-Hamburg behandelt dann in einem längeren Referate das Thema: Kaufmännische Schiedsgerichte. Er betont, daß die bei der Berathung der Gewerbeordnung im Jahre 1890 gemachte Voraussage, daß die Gesetzgebung gezwungen sein werde, auch die Handlungsgehülfen in die Gewerbeordnung einzubeziehen, sich glänzend erfüllt habe. Hätte man damals dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion Folge gegeben und die Gewerbegerichte auch für das Handelsgewerbe für zuständig erklärt, dann brauchten die Handlungsgehülfen heute nicht mehr über die großen Uebelstände auf dem Gebiete des Rechtswesens sich zu beklagen. „So müsse fortgesetzt noch der Ruf nach kaufmännischen Schiedsgerichten erhoben werden. Die Regierung stelle zwar schon seit zehn Jahren Erwägungen an, sei aber immer noch zu keinem Resultat gekommen, trotzdem der Reichstag sich bereits 1898 einstimmig für die Errichtung solcher Schiedsgerichte ausgesprochen habe. In anderen Staaten haben sich derartige Gerichte als segensreiche Institutionen erwiesen.

Ohne Diskussion wird eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher im Namen der kaufmännischen Gehülfenschaft energisch dagegen, daß diese Forderung der sozialen Gerechtigkeit bis jetzt so sehr vernachlässigt worden ist, protestirt wird.

Der Vorstand wird beauftragt, zu dem Anfang September in Paris stattfindenden internationalen Kongreß der Handlungsgehülfen ein Mitglied des Verbandes zu delegiren, ebenso zum 4. deutschen Gewerkschaftskongreß.

Zum ersten Vorsitzenden wird Segnitz wiedergewählt, zum Redaktör des Verbandsorgans Kaliski-Berlin.

Mit dem Wunsche, der Verband möge wachsen und gedeihen, schließt darauf der Vorsitzende Segnitz die Generalversammlung.

Arbeiterbewegung.

Zur Straßenbahnerbewegung. Der Streik der Straßenbahnangestellten in Hannover dauert fort. Der Betrieb ruht fast vollständig. Die Situation hat sich noch dadurch verschärft, daß die Direktion neuerdings auch die Vermittlung des Stadtdirektors (Bürgermeisters) Tramm, der sich auf Bitten der Streikenden bereitwilligst zur Unterhandlung angeboten hatte, barsch abgelehnt. Eine Versammlung am Sonnabend, der das Resultat von der fehlgeschlagenen Vermittlung unterbreitet wurde mit dem Bemerken, daß der Stadtdirektor sein lebhaftes Bedauern über die ablehnende Haltung der Straßenbahndirektion ausgesprochen, erklärte sich mit 401 Stimmen gegen 6 für Fortsetzung des Streiks. Die Haltung der Streikenden ist musterhaft. — In Köln dauert der Streik der Pferdebahnbediensteten ebenfalls fort. — Die Straßenbahnangestellten in Königsberg und Posen sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Der Klempnerstreik in Stettin ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Der Streik der Holzarbeiter in Halle dauert fort, da die Generalversammlung der Unternehmer die Vereinbarungen, welche durch die Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen zu Stande gekommen waren, abgelehnt hat.

Der Leipziger Bäckerstreik ist beendet. Das bisher Errungene (eine durchgängige Erhöhung der Löhne) soll als Abschlagszahlung betrachtet und der Kampf um die übrigen Forderungen zu gelegener Zeit wieder aufgenommen werden.

Der Streik der Pflasterer in Köln ist mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet. Es handelt sich hierbei um die Abwehr einer empfindlichen Lohnherabsetzung.

Unternehmerterrorismus. Der Direktor der Firma Andräe in Süchteln bei Krefeld hat seine Fabrik geschlossen und zirka 400 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße geworfen. Und der Grund? Ohne mit dem Fabrikausschuß Rücksprache zu nehmen, hängte er am 26. Mai eine neue Arbeitsordnung aus. Diese enthielt derart drakonische Strafbestimmungen, daß eine allgemeine Entrüstung unter den Arbeitern Platz griff. So wurde z. B. mit M. 1 bestraft, wer mit einem Arbeitskollegen spricht. Nachdem nun am 28. und 29. Mai wirklich Bestrafungen stattfanden, wurden die Weber der Fabrik vorstellig. Außer der Außerkraftsetzung der Strafbestimmungen verlangten sie eine einheitliche Arbeitszeit. Es wurde nämlich in der Fabrik von einem Theil der Weber bis 4 und von dem andern bis 7 Uhr Nachmittags gearbeitet. Die Unterhandlung verlief fruchtlos. Als nun aber neun Weber entlassen werden sollten, stellten am 31. Mai Morgens die sämmtlichen Weber die Arbeit ein. Am Nachmittag entließ der Direktor dann sämmtliche übrigen Arbeiter und erklärte, die Fabrik bleibt vorläufig geschlossen.

Ein Gnadengeschenk an die „Arbeitswilligen". Auf einem der größten Werke des Zwickauer Reviers, wo mehrere hundert Mann im Streik standen, wurde den Bergarbeitern durch Anschlag etwa Folgendes bekannt gegeben: Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 8. Februar l. J. geben wir hiermit bekannt, daß die unter dem 1. April l. J. Platz greifende Schichtlohnerhöhung nur den Theil unserer Belegschaft betrifft, welcher sich dem Februarausstand nicht angeschlossen hat. Diese Schichtlohnerhöhung ist jedoch nur als eine persönliche Zulage im Sinn II. Abschnitt, Absatz 2 der Arbeiterordnung zu betrachten und hat als solche eine Einordnung in eine andere Arbeiterklasse nicht im Gefolge. Die Neuordnung der Arbeiterklassen erfolgt nach wie vor Anfang Januar und Juli jeden Jahres. Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauverein. Während dem man also die Doppelladung Kohlen seit August vorigen Jahres um M. 50 gesteigert, gewährt man den Arbeitswilligen eine „Gnadenzulage". Die Führer der Streikenden aber trieb man in die Fremde und verbannte sie bei Strafe des Verhungerns von der heimathlichen Scholle; die wieder in Gnaden Aufgenommenen müssen jedoch froh sein, wenn sie zu den alten Löhnen arbeiten dürfen. Das giebt immer wieder neuen Zündstoff zu späteren Auflehnungen gegen das protzige Grubenkapital.

Zwischen den Offenbacher Barbiergehülfen und Prinzipalen wurde folgende Einigung erzielt: Die Meister bewilligen den Gehülfen vom 1. Juni 1900 ab auf Grund der Preiserhöhung einen Lohnzuschlag von 50 pZt. des seitherigen Lohnes in Baar. Nach achtwöchentlicher Karenzzeit ist ein Minimallohn, welchen die drei Parteien noch festsetzen werden, in einem Arbeitsvertrage festzulegen.

Die zwei Vorsitzenden des Dockarbeiterverbandes in Antwerpen, Fabri und Wieme, sind zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden wegen — Vergehens gegen „die Freiheit der Arbeit", will sagen wegen ihrer Haltung gegen Streikbrecher und „Arbeitswillige". Die belgischen Richter wissen die Rheberinteressen zu schützen.

Anläßlich eines Hüttenarbeiter-Ausstandes ist es in Châlons-sur-Saône zu Unruhen gekommen. Bei einem Renkontre mit der Gensdarmerie wurden mehrere Personen verletzt, ein junger Mann soll an den erhaltenen Verwundungen gestorben sein.

Soziale Rundschau.

Der Würzburger Magistrat hat gemäß einer ministeriellen Anordnung beschlossen, einen Arbeiter als Baukontrolör mit einem Jahresgehalt von M. 1400 anzustellen.

Der Berliner Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, neue Straßenbahnlinien künftighin für städtische Rechnung zu bauen und in städtischer Regie zu betreiben. Der Stadtverordneten-Versammlung wird eine Vorlage mit dem Ersuchen, diesem Beschluß beizutreten, zugehen. Neben dem unablässigen Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten ist der Beschluß des Magistrats wohl auch dem Umstand zu danken, daß die Verkehrsdeputation sich immer mehr davon überzeugen mußte, daß der Kapitalistenring, welcher das Berliner städtische Verkehrswesen zu monopolisiren bestrebt ist, nur durch Schaffung städtischer Verkehrsmittel mit Erfolg zu bekämpfen ist. — Der Nürnberger Magistrat hat kürzlich einen ähnlichen Beschluß gefaßt.

Erhebungen über das Maurergewerbe ordnet das bairische Ministerium an. Die Gemeindebehörden haben folgende Fragen zu beantworten: 1) Wie groß ist die Zahl der in der Gemeinde beschäftigten Maurergesellen und Maurerlehrlinge? 2) Wie viele davon sind außerhalb Deutschlands beheimathet? 3) Wie viele Frauen sind im Maurergewerbe beschäftigt? 4) Wie viele Maurer finden während der Winterszeit keine Arbeit? 5) Wie viele Maurer nehmen im Winter andere gewerbliche Thätigkeit auf? 6) Wie viele Maurer üben während der Winterszeit eine Erwerbsthätigkeit im Hause aus (z. B. Korbflechten u. A.)? 7) In wie vielen Fällen muß während der verdienstlosen Zeit im Winter die Ehefrau den Verdienstentgang durch einen Nebenerwerb decken und worin besteht dieser Nebenerwerb? 8) Besteht ein Arbeitsnachweis für Maurer? Als Zeitpunkt der Erhebungen ist der Stand der letzten Hälfte des Monats Juni anzunehmen.

Auswärtiges.

Maßregelung eines sozialdemokratischen Schulvorstandes. Die Bezirkschulinspektion von Pirna hat den Genossen Hanswald in Berggießhübel seines Amtes als Schulvorstand, das er seit vorigem Jahre bekleidet, enthoben. Als Gründe werden angegeben, daß Hanswald als Delegirter zur Dresdener Landeskonferenz gewählt worden sei und weil er „in besonders hervortretender Weise den bekannten gegen die bestehende staatliche Ordnung und die kirchlichen und schulischen (?) Einrichtungen gerichteten Grundsätzen huldige!" Daß man in Pirnaer amtlichen Kreisen noch sonderbare Vorstellungen von der Sozialdemokratie hat, ist bekannt. Die meisten anderen Menschen wissen längst, daß es keine eifrigeren Förderer der Schulen giebt, wie eben die Sozialdemokraten.

Der flüchtige Landrath. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Greifswald fand am 1. Juni der Prozeß gegen den Chefredaktör des „Greifswalder Tageblatts", Erich Siechert, und den Rittergutsbesitzer Arthur Becker (Bartmannshagen bei Grimmen) wegen Beleidigung des Stralsunder Regierungspräsidenten Scheller statt. Die Anklage ist erhoben worden, weil Becker in einem „Eingesandt" des von Siechert verantwortlich gezeichneten „Greifswalder Tageblatts" behauptet hatte: Es verlaute nichts von Maßnahmen, die von Seiten der Regierung in Stralsund bezüglich des in seinem Privatleben kompromittirten, nach einem mißglückten Selbstmordversuch verschwundenen Landraths Osterroht unternommen worden seien. Letzterer sei sogar noch immer offiziell als Grimmer Landrath zu betrachten. Nach Verlesung des unter Anklage stehenden Artikels stellt der Erste Staatsanwalt an den Angeklagten Becker die Frage: ob er behaupte, daß vor dem Monat Dezember 1899 Dinge bekannt gewesen seien, die den hellen Ausbruch eines öffentlichen Skandals veranlaßt haben, insbesondere, ob dem Angeklagten außer den unzüchtigen Handlungen des Landrathes Osterroht noch andere Dinge bekannt seien, die einen öffentlichen Skandal veranlaßt haben. Becker: Die unzüchtigen Handlungen des Landrathes Osterroht, aber auch amtliche Uebergriffe des Landrathes, die amtlich feststehen, seien längst im Kreise bekannt gewesen. Erster Staatsanwalt: Amtliche Uebergriffe des Landrathes Osterroht sind amtlich nicht festgestellt. Gegen den Landrath ist das Disziplinarverfahren eingeleitet und ein Haftbefehl erlassen worden. Der Landrath, der sich augenblicklich in einer Heilanstalt in der Schweiz befindet, kann vorläufig nicht vernommen werden, deshalb ist Osterroht noch bis heute Landrath des Grimmer Kreises und muß es auch noch bis auf Weiteres bleiben. Regierungspräsident Scheller-Stralsund bekundet: Anfangs Dezember 1899 wurde uns mitgetheilt, daß gegen den Landrath Osterroht Gerüchte im Umlauf seien, dieser begehe Handlungen, die die Sittengesetze verletzen. Auf meine Vorhaltung stellte der Landrath Alles in Abrede und bemerkte: es sei ihm nicht bekannt, daß irgend welche Gerüchte gegen ihn in Umlauf seien. Ich bemerkte dem Landrath, daß ich mich damit nicht beruhigen könnte. Er müsse die umlaufenden Gerüchte in entschiedener Weise widerlegen, anderenfalls sei ich genöthigt, dem Herrn Minister Anzeige zu machen. Ich reiste gleich darauf nach Berlin und hielt dem Herrn Minister über den Fall Osterroht Vortrag. Der Herr Minister äußerte: es müsse sofort in der Angelegenheit eine genaue Untersuchung vorgenommen werden. Nach meiner Rückkehr aus Berlin forderte ich sofort den Landrath auf, entweder gegen die umlaufenden Gerüchte selbst vorzugehen oder seine Entlassung zu beantragen. Der Landrath antwortete mir: Er habe sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht, er müsse aber bekennen, daß er in sittlicher Beziehung nicht ganz rein dastehe, er ersuche daher, ihn von seinem Amte zu suspendiren. Ich verfügte sofort die Suspendirung des Landrathes von den Amtsgeschäften. Gleich darauf wurde mir berichtet, daß der Landrath einen Selbstmordversuch begangen habe. Der Landrath sei wohl nicht lebensgefährlich, aber immerhin schwer verwundet. Einige Zeit darauf wurde von dem Bürgermeister zu Grimmen mitgetheilt, daß er der Staatsanwaltschaft zu Greifswald wegen einer unsittlichen Handlung des Landraths Anzeige erstattet und daß die Staatsanwaltschaft deshalb den Haftbefehl gegen den Landrath erlassen habe. Diese Mittheilung veranlaßte mich, sofort das Disziplinarverfahren gegen den Landrath Osterroht einzuleiten. Der Haftbefehl konnte jedoch nicht ausgeführt werden, da O. angeblich auf Anrathen seiner Verwandten in ärztliche Behandlung nach Berlin sich begeben hatte und von dort sofort nach der Schweiz abgereist war. Nun macht man mir den Vorwurf, daß ich nicht schneller eingeschritten bin, um dem öffentlichen Skandal vorzubeugen. Ich weiß in der That nicht, was ich noch hätte machen sollen. Ich bin jedenfalls sofort eingeschritten, als ich von der Angelegenheit Kenntniß erhielt und hatte keinerlei Veranlassung, den Landrath Osterroht zu schonen. Auf Antrag des Vertheidigers wird ferner festgestellt, daß der Selbstmordversuch am 18. Dezember stattgefunden habe. Der Haftbefehl sei am 1. Januar und die Einleitung des Disziplinarverfahrens, mit dem Antrag auf Entfernung aus dem Amt, am 4. Januar erfolgt. Gutsbesitzer Dr. Wendorff bekundet: Der Fall Osterroht habe große Erregung im ganzen Kreise hervorgerufen, und es sei allgemein aufgefallen, daß, obwohl das unsittliche Treiben des Landraths seit langer Zeit bekannt war, nicht früher eingeschritten wurde, und ganz besonders, daß Osterroht noch immer Landrath gewesen sei. Der Erste Staatsanwalt bemerkt: Er habe sich nicht für berechtigt gehalten, den Haftbefehl zu veröffentlichen, zumal es ihm zweifelhaft gewesen sei, ob Osterroht sich im Sinne des § 175 des Strafgesetzbuchs strafbar gemacht habe. Aus diesem Grunde und da ihm bekannt sei, daß des angedeuteten Vergehens wegen die Schweiz überhaupt nicht ausliefere, habe er auch keinen Steckbrief erlassen. Nach etwa einhalbstündiger Berathung des Gerichtshofs verkündet der Präsident: Der Gerichtshof hat die Angeklagten der öffentlichen Beleidigung des Regierungspräsidenten Scheller für schuldig erachtet und deshalb gegen Becker auf 4 Wochen Gefängniß, gegen Siechert auf M. 300 Geldstrafe erkannt.

Vom Weiberprügler Leist. Der frühere Kanzler in Kamerun, der seines Amtes entsetzte Leist, hat in Chicago ein Notariatspatent erhalten, obgleich er nicht amerikanischer Bürger ist. Als nach der Chicagoer „Freien Presse" der Gouvernör von Illinois an Leist die Anfrage richtete, ob er Bürger der Vereinigten Staaten sei, reichte Leist, um seiner Absetzung zuvorzukommen, seine Entlassung als Notar ein. Das deutsche Konsulat aber, so berichtet die „Freie Presse", fährt fort, Leist, der sich jetzt einen Notar hält, Notariats-Geschäfte zuzuweisen, wovon sich das Blatt neuerdings durch einen Berichterstatter überzeugte, der vom Konsulat behufs materieller Beglaubigung einer Vollmacht an Leist verwiesen wurde. Im Konsulat sagt man, der Konsul habe seinerzeit dem Personal mitgetheilt, man wünsche im Auswärtigen Amte zu Berlin, daß Leist in jeder Weise begünstigt werde!

Wieder Einer! Nach dem „Kempter Anzeigeblatt" wurde der katholische Pfarrer Lohmüller von Schwabsoyen wegen fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt.

Aus Konitz wird unterm 5. Juni berichtet: Die Verfügung, nach der die Restaurants um 9 Uhr Abends schließen müssen, ist aufgehoben worden. Andererseits hat der Regierungspräsident angeordnet, daß der Jahrmarkt nicht abgehalten werden darf. Polizeiinspektor Braun und Kriminalkommissar Wehn sind nach Berlin abgereist. Das Militär ist vorgestern früh abmarschirt. Der Bürgermeister Deditius hat eine Urlaubsreise angetreten. Schlachtermeister Hoffmann ist, wie ihm von der Polizei mitgetheilt wurde, außer Verdacht. Gestern Mittag 12 Uhr brannte der Holzzaun der Synagoge; das Feuer wurde jedoch von einem Polizeisergeanten gelöscht.

Ein Gefängniß-Idyll. Wegen fahrlässiger Gefangenenbefreiung hatte sich der Gefangenenaufseher Julius Bandmann vor dem Landgericht II in Berlin zu verantworten. Der Angeklagte war beim Amtsgericht in Nauen angestellt und hatte im Herbst vorigen Jahres vier Gefangene zu beaufsichtigen, welche von der landwirthschaftlichen Versuchsanstalt „gemiethet" waren. Dort bekam Jeder zum Frühstück wie zur Vesper je einen halben Liter Schnaps aus der Brennerei geliefert. Am 21. November v. J. hatte der Strafgefangene Desens einen gehörigen „Schwips". Er trat öfters aus und da ihn der Aufseher nicht begleiten konnte, weil er die übrigen Gefangenen bewachen mußte, so ging er an den Zaun des Hofes der Versuchsanstalt und erhielt dort von den Hofleuten, von denen ebenfalls jeder Einzelne sein Fläschchen in der Tasche hatte, manch kräftigen Schluck, so daß er allmälig ganz betrunken wurde. Schließlich ging er ungehindert seiner Wege. Da er dem Aufseher zu lange blieb, ging ihm dieser nach und suchte ihn in einer Kneipe, während dessen die übrigen Gefangenen ohne Aufsicht blieben. Der Aufseher saß eine halbe Stunde in der Kneipe, doch der Gefangene kam nicht. Der Aufseher sah dann noch einmal nach den andern, dann kehrte er zurück und blieb wieder eine Stunde in der Kneipe sitzen, während die Gefangenen sich selbst überlassen waren. Desens war inzwischen nach seiner Wohnung gegangen, um seiner Frau einen Besuch abzustatten. Da er diese nicht zu Hause traf, borgte er sich bei einem Nachbar 30 ₰, die er in Fusel umsetzte, worauf er sich betrunken in den Straßen der Stadt herumtrieb. Schließlich traf ihn zufällig ein anderer Aufseher, der ihn nach dem Gefängniß zurückbrachte. Der Angeklagte wußte zu seiner Entschuldigung nur anzuführen, daß er sich auch etwas übernommen habe. Der Staatsanwalt beantragte für eine derartig grobe Pflichtverletzung zwei Monate Gefängniß, der Gerichtshof faßte die Sache milder auf und erkannte auf 100 Mark Geldstrafe.

Schiffskollision auf der Seine. Am 4. Juni, Abends, fand in Paris auf der Seine zwischen der Konkordien- und Alexanderbrücke ein Zusammenstoß zwischen zwei Personendampfern statt. Der eine derselben, der mit Passagieren besetzt war, fuhr stromaufwärts in der Richtung auf Charenton, der andere fuhr stromabwärts leer nach Auteuil. Letzterer sank. Soweit bekannt ist, verunglückte Niemand.

Ein schweres Straßenbahnunglück ereignete sich am 4. Juni in Budapest. In Folge einer Entgleisung stürzte ein aus Auwinkel zurückkehrender, mit Ausflüglern vollbesetzter Straßenbahnwagen um, vier Personen wurden getödtet, neun verwundet. Das Unglück wurde folgendermaßen herbeigeführt. An der Endstation, wo der Schaffner und Wagenführer abgestiegen war, stürmte die Menge den Wagen. Im Gedränge wurde die Bremse gelöst, so daß der Wagen ohne Strom lediglich durch sein eigenes Gewicht das steilabfallende Geleise hinabrollte, bevor der Schaffner und der Wagenführer sich durch die Menge einen Weg zum Wagen bahnen konnten. Bei der ersten scharfen Kurbe stürzte der Wagen um und begrub die Passagiere unter sich.

Risiko der Arbeit. In Schönfeld bei Prenzlau sind durch den Einsturz einer Giebelmauer beim Umbau eines Stallgebäudes vier Arbeiter schwer verunglückt. Ihr Aufkommen wird bezweifelt. — In Folge Einsturzes der griechisch-katholischen Kirche in Tergovest (Süd-Ungarn) wurden 30 Arbeiter verschüttet. Bisher wurden, der „Frankf. Ztg." zufolge, fünf Leichen und zahlreiche Schwerverletzte aufgefunden.

Wegen der Ausschreitungen, die vor vierzehn Tagen aus Anlaß des Berliner Straßenbahn-Streiks begangen worden sind, hat die Staatsanwaltschaft von den etwa 250 Stifterten im Ganzen 19 Personen in Anklage gestellt. Unter diesen 19 Angeklagten, die sich gemeinschaftlich verantworten sollen, befindet sich ein dreizehnjähriger Schulknabe, ein Handlungslehrling, sowie ein Straßenbahn-Wagenführer, Namens Richard Abelt, als Einziger, gegen den wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Anklage erhoben worden ist. Im Uebrigen lautet die Anklage außer auf Landfriedensbruch auf Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Die freie Liebe hatte der Bürgermeister Schweiß in Polzin zu schön gefunden. Obgleich er verheirathet war, naschte er mit einer an der dortigen Stadtschule angestellten unverheiratheten Lehrerin von verbotenen Früchten. Das ging eine Zeit lang ganz gut, aber eines Tages kam ein kleiner Bürgermeister-Sprößling zur Welt. Schweiß wurde daraufhin vom Amte suspendirt und hatte sich am Mittwoch vor dem Bezirks-Ausschuß in Köslin zu verantworten. Es wurde auf Amtsentsetzung erkannt, da Schweiß sich des Vertrauens und der Achtung, welches sein Amt erfordert, unwürdig gezeigt habe.

Zwei Kinder an dem Genusse von Goldregen gestorben. Im Dorfe Döhren bei Hannover ereignete sich laut „M.-L.-Krsbl." der Fall, daß ein Kind, die 5jährige Tochter des Arbeiters Bergmann, in Folge Genusses des giftigen Goldregens verstarb. In diesem Monat ist dies der zweite Fall, denn auch der 5 Jahre alte Sohn des Sattlers Möbis erkrankte unter gleichen Erbrechungserscheinungen, wie die Bergmann, und verstarb. In beiden Fällen ist als Ursache des Todes das leicht tödtende Gift des Goldregens festgestellt. Man sieht also wieder, daß Eltern ihre Kinder gar nicht genug warnen können.

Vereine und Versammlungen.

(Die Herren Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu verwenden und auf einer Seite zu beschreiben.)

Werftarbeiter. Versammlung am 31. Mai in der „Concordia". Die Lohnkommission erstattete Bericht. Ueber die Forderungen der verschiedenen Branchen wurde einzeln verhandelt und abgestimmt. Einstimmig wurden folgende Forderungen angenommen: Für sämmtliche Arbeiter ein Lohnaufschlag von 5 ₰ die Stunde; außerdem Minimallöhne für Nieter-Schirrmeister 38 ₰, Helfer 36 ₰, Nietenwarmmacher 20 ₰, Schiffbauer 40 ₰, Helfer am Schiffbau, Bohrer, Platz- und sonstige Arbeiter 35 ₰, Kreuzer und Stemmer 38 ₰, Schmiede und Kesselschmiede, Schlosser, Dreher und Maschinenbauer-Schirrmeister 45, Helfer 40 ₰ pro Stunde. Bei Reparaturarbeit eine Zulage von 5 ₰ die Stunde (sogenanntes Schmutzgeld). Außerdem wurden noch folgende Forderungen gestellt: Einführung der 9½stündigen Arbeitszeit. Bei Uebernahme von Akkordarbeit ist der Preis den betreffenden Arbeitern innerhalb 24 Stunden bekannt zu geben. Schaffung von ordentlichen Räumen zur Einnahme der Speisen während der Pausen, gleichzeitig Dampf- oder sonstige Anlagen zum Warmmachen derselben. Schaffung und Instandhaltung von Aborten, welche den sanitären Verhältnissen und der Zahl der Arbeiter entsprechen. Einführung von Lohntüten, auf welchen Stundenzahl, Zulagen und Ueberschüsse so vermerkt sein müssen, daß dem Arbeiter genau ersichtlich ist, was er an Lohn erhalten hat. Zum Arbeitsnachweis wurde folgende Resolution angenommen: „Wir ersuchen den Verband der Eisenindustrie Hamburgs, bei Arbeitsnachweisungen jede Maßregelung zu unterlassen, sowie auch geeignete Warteräume einzurichten, damit bei ungünstiger Witterung genügend Schutz vorhanden ist." Nachdem sämmtliche Forderungen im Ganzen einstimmig angenommen waren, wurde als Tag der Einreichung an den Arbeitgeberverband der 4. Juni festgesetzt. Bis zum 11., spätestens aber am 15. Juni soll sich derselbe über unsere Forderungen äußern, eventuell mit einer in der heutigen Versammlung gewählten Kommission in Unterhandlungen treten. Nachdem der Vorsitzende noch einen kurzen Bericht über die Thätigkeit der Verkehrskommission abgegeben, erfolgte Schluß der Versammlung.

Klempner Hamburgs. Extra-Mitgliederversammlung am 30. Mai bei Hilmer. Nachdem wegen Erkrankung die Wahl eines ersten und zweiten Bevollmächtigten vorgenommen, beschäftigte sich die Versammlung mit dem von Ortsverwaltung und Lohnkommission umgearbeiteten Lohntarif. Nach eingehender Berathung wurde folgende Forderung einstimmig angenommen: 1) Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden; dieselbe ist am Bau mit den Maurern innezuhalten. 2) Der Minimallohn beträgt: a. für Bau- und Kundschaftsarbeit 55 ₰, b. für Laden- und Emballagenarbeit 50 ₰ pro Stunde, c. für jungausgelernte Gesellen kann von den Arbeitgebern ein niedrigerer Lohn gezahlt werden, jedoch nicht unter 40 ₰ pro Stunde und zwar nur bis zum Ablauf eines Jahres nach beendeter Lehrzeit. Hierüber entstand eine lebhafte Debatte. Die Kollegen bei Lemburg (Kleiner Grasbrook) stellten Antrag, sie von diesem Beschluß dispensiren zu wollen, da hier nichts zu erringen sei. Nachdem noch S., L. und B. für und U., St. und Sch. gegen den Antrag gesprochen, wurde er gegen wenige Stimmen abgelehnt. 3) Unter Bauarbeiten sind sämmtliche zu einem Bau gehörigen Arbeiten zu verstehen. 4) Für Ueberstunden sind 15 ₰, für Sonntags- resp. Nachtarbeit 25 ₰ mehr pro Stunde zu zahlen. 5) Für Arbeiten außerhalb Hamburgs ist außer vollem Lohn ein Zehrgeld von M. 1,50 pro Tag zu entrichten. Der § 6 beschäftigt sich mit der Lohnauszahlung, welche gleich nach Schluß der Arbeitszeit zu beginnen hat, während der § 7 einen heizbaren und verschließbaren Raum, sowie das Vorhandensein von Verbandsmaterial verlangt. 8) Bauarbeit darf nicht in Akkord angefertigt werden. 9) Arbeiten, die als Gesellenarbeit gelten, dürfen nicht von Helfern ausgeführt werden; sollte dieses trotzdem stattfinden, so ist dafür Gesellenlohn zu zahlen. Dieser Lohntarif wird den Arbeitgebern in den nächsten Tagen zugestellt werden und muß bis zum 30. Juni beantwortet in den Händen der Lohnkommission sein.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Heinrich Zwick mit Maria Margaretha Hettmann. — Louis Julius Weber mit Luise Regina Fehr. — Boy Bohn mit Doris Margaretha Petersen.

Standesamt Nr. 2.

Christoph Wilhelm Theodor Goldhagen mit Wilhelmine Karoline Christine Giesteling. — Timm August Heinrich Siegelmann mit Catharina Friederike Johanna Petersen. — Franz Oskar Taubald mit Anna Amanda Wiesthal. — Carl Wilhelm Moje mit Sophie Martha Franziska Schmidt. — Robert Otto Bernhardt mit Wilhelmine Christine Dorothea Reimers. — Heinrich Wilhelm Hillmann mit Maria Sophie Amanda Bartels.

Standesamt Nr. 3.

Michael Joseph Balling mit Juliane Friederike Emma Ewers. — Johannes Ferdinand Diedrich Louis Harder mit Frieda Maria Christiana Schmidt.

Standesamt Nr. 20.

Johannes Karl Friedrich Heinrich Chriekilleb mit Ella Johanna Clara Schmidt. — Paul Emil Valentin Angresius mit Elise Bögensee. — Ernst Heinrich Theodor Birthold mit Catharina Margareta Auguste, geb. Pernitt, verw. Wandel.

Hamburg, den 1. Juni 1900.

Standesamt Nr. 21.

Johann Diedrich Otto Jäger Dr. jur. mit Clara Marie Gerdes. — Lorenz Hermann Meyer mit Martha Peters. — Gustav Berthold Dircks mit Hedwig Auguste Catharina Marianne Dora Roschland. — Karl Heinrich Friedrich Möller mit Marie Adolphine Minna Krohn.

Standesamt Nr. 22.

Heinrich Ludwig Carl Klevenow mit Elise Daniel. — Paul Otto Wittorf mit Wittwe Catharina Elise Koch, verwittweten Hagelstein, geborenen Wohlers.

Hamburg, den 31. Mai 1900.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und ausgehende Schiffe.

(Deutscher Reichstelegraph.)

(Nachdruck verboten.)

Cuxhaven, 5. Juni, Vormittags.

Angekommen am 5. Juni.	Kapt.	Von
V. 2,30 Stadt Witten (D.)	Buse	Leer
3,— Constantia (D.)	Hamelin	Antwerpen
6,— Tropic (D.)	Major	Grimsby
„ Gravina (D.)	Tenck	Barcelona
7,10 Köln (D.)	Buckow	Köln
7,50 Björn (D.)	—	—
„ London Bridge (D.)	—	Kalkutta
8,25 Gipsy (D.)	McNamee	Waterford
9,45 Flandria (P.-D.)	Müller	Westindien

London Bridge ging um 9½ Uhr von hier auf. — Ferner auf: 9 Uhr Fischerfahrzeuge H. F. 9, 89. — 10 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 5. Juni.	Nach
V. 7,50 Phädra (D.)	—
9,45 Mintington (D.)	—

Wind: OSO., leicht. Wetter: leicht bewölkt. — Barometer: 760. Thermometer: + 15° (R.).

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

5. Juni.	Kapt.	Von
V. 7,— Johanna (d. Segler)	Pahl	Kiel

Helgoland meldet: Wind: ONO, mäßig. Wetter: bedeckt. See: leicht bewegt.

Cuxhaven, 5. Juni, Nachmittags.

Angekommen am 5. Juni.	Kapt.	Von
N. 1,15 Schilling-Hörn (F.-D.)	Wilhelm	d. Nordsee
2,20 Paula (D.)	—	—
2,50 Saturn (Schl.)	Silbersdorff	Bremen
„ Nr. 62 u. 53 (Kähne)	—	do.
3,30 Fortuna (Ew.)	Neuter	—
3,45 Auk (D.)	Salmon	London

Ferner auf: 2¾ Uhr Fischerfahrzeuge H. F. 111, 69, 65, 29, 89. — 4 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 5. Juni.	Nach
V. 11,25 Stella (D.)	—
„ Anna Margaretha (Ew.)	—
N. 12,25 Silvana (D.)	Helgoland
3,30 Bravo (D.)	—
3,45 Elise (F.-D.)	der Nordsee
„ Witt & Bartels (F.-D.)	do.
„ Lilly (F.-D.)	do.
„ Tora (D.)	—

Ferner seewärts: Mittags Schlepper Mercur. — Abwärts gekommen: Schlepper Concurrent.

Wind: OSO., leicht. Wetter: leicht bewölkt. — Barometer: 760. Thermometer: + 16,5° (R.).

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

5. Juni.	Kapt.	Von
N. 1,— Anna (d. Segler)	Oltmann	Kastrup

Helgoland meldet: Wind: Ost, leicht. Wetter: heiter. See: ruhig.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 5. Juni, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (° C) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 16,9	+ 26,3	+ 16,8	764,2	O	Regen.

Eintritt der Fluth und Ebbe in Hamburg

am 6. Juni:

Fluth: 6 Uhr 30 Min. | Ebbe: 11 Uhr 15 Min.

Wasserstand der Oberelbe.

In Auss